

Ostland

Halbmonatsschrift für den gesamten Osten

Verlag Bund Deutscher Osten G. m. b. H., Berlin W. 30, Holzstraße 40. Bureau W. 5, Barbarossa 0014.
Verlagsort Berlin 608-30 — Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Otto Kriebel, Berlin-Friedenau.
Jahrg. 2 — Druck: Konzeptions-Verl. Abt. Spandau, Seegfelder Str. 35 — Erscheint monatlich, zweimal. — Postbezugspreis jährlich RM. 0,90 — Einzelnummer RM. 0,20 und RM. 0,05 Postgebühr. — Anzeigenpreisliste 2 — J. u. 6. g.

Nr. 17

Berlin, den 1. September 1935

16. Jahrgang

Methodischer Wahnsinn

Die litauische Regierung hat zwar auf die Einführung eines ständischen Wahlrechtes im Memellande verzichtet; sie hat aber das geltende Wahlgesetz in verschiedenen wesentlichen Punkten abgeändert. Die Änderungen zielen vor allem auf drei Punkte ab: 1. die Zahl der wahlberechtigten Memelländer nach Möglichkeit zu vermindern, 2. den Wahlgang selber möglichst zu komplizieren und 3. eine Kontrolle des Wahlergebnisses durch Nichtlitauer nach Möglichkeit zu verhindern. Die Abänderung des Wahlgesetzes für den Memellandtag ist am 14. August d. Js. im Regierungsanzeiger der Republik Litauen (Nr. 493) und am 16. August im Amtsblatt des Memelgebietes (Nr. 83) veröffentlicht worden.

Zunächst die Bestimmungen über das Wahlrecht. Der § 4, der darüber handelt, wer wählen noch gewählt werden kann, wird durch den Zusatz ergänzt, daß alle die Personen weder das aktive noch das passive Wahlrecht besitzen, denen auf Grund des Art. 10 Abs. 3 des Gesetzes zum Schutze von Volk und Staat die bürgerlichen Rechte entzogen worden sind. Das bedeutet, daß es der Willkür des Kriegskommandanten überlassen bleibt, allen Mitgliedern der wegen angeblicher „Staatsfeindschaft“ geschlossenen Vereine, Organisationen und Verbände für die gesamte Dauer des Kriegszustandes das Recht zu entziehen, in den memelländischen Landtag, in den litauischen Sejm, in die örtlichen Selbstverwaltungsorgane, in die Handels- und Landwirtschaftskammern usw. zu wählen. Praktisch kommt das darauf hinaus, daß zum mindesten alle ehemaligen Mitglieder der beiden verbotenen Parteien von Neumann und Saß, also über 12 000 Memelländer, ihr Wahlrecht zum Landtag verlieren.

Ein neu eingefügter § 5 schließt folgende Personen vom passiven Wahlrecht aus: 1. naturalisierte Bürger Litauens, 2. Personen, die, nachdem sie für die litauische Staatsangehörigkeit optiert haben, von einem fremden Staate die Zulassung erhalten haben, daß sie wieder in dessen Staatsverband aufgenommen werden, und 3. Personen, die Organisationen angehören, von denen gerichtlich festgestellt worden ist, daß sie der Zweck verfolgen, Litauen die Unabhängigkeit zu nehmen oder einen Teil des litauischen Territoriums zu entreißen, wenn seit dem Gerichtsurteil noch nicht fünf Jahre vergangen sind. Mit den unter Punkt 2 genannten Personen sind offenbar in erster Linie die memelländischen Lehrer und Beamten gemeint, und mit den unter Punkt 3 genannten Personen vor allem die ehemaligen Mitglieder der beiden verbotenen Parteien. Der Zweck des Ausschusses aller dieser Personen vom passiven Wahlrecht ist, den Deutschen des Memellandes ihre bekanntesten Führer zu nehmen und ihnen die Aufstellung im politischen Leben erfahrener Männer als Kandidaten für den Landtag tunlichst zu erschweren und dadurch nächste Verwirrung und Uneinigkeit im deutschen Lager herbeizuführen.

In dem Abschnitt des Gesetzes, der von den Wahlkreisen und Stimmbezirken handelt, ist der § 10 geändert worden. Bisher sind die Stimmbezirke vom *Districtium* festgelegt worden; in die Entfernung zum Wahlort hat für die Wahlberechtigten nicht weiter als 5 km sein dürfen. Diese Bestimmung ist jetzt dahin abgeändert worden, daß der

Präsident des Direktoriums allein die Stimmbezirke festsetzt, ohne dabei fest an eine Höchstentfernung zum Wahlort gebunden zu sein. Auf Grund dieser Ermächtigung hat der illegale Präsident des Direktoriums, Brucelaitis, die Zahl der Stimmbezirke im Landkreis Memel von 74 auf 22, im Kreis Heidekrug von 47 auf 17 und im Kreis Bogegen von 77 auf 24 vermindert. Die Zahl der Wahlbezirke in Memel-Stadt dagegen bleibt unverändert. Der Zweck dieser Maßnahme ist, möglichst zahlreiche Memelländer dadurch, daß sie einen weiten und oft beschwerlichen Weg zum Wahllokal zurücklegen haben, von der Ausübung ihres Wahlrechtes abzuhalten. Daß in Memel selbst die Zahl der Stimmbezirke nicht verringert worden ist, erklärt sich wohl daraus, daß dort die Masse des schamaitischen Stimmviehs, das von jenseits der Grenze herangeschafft wird, angelegt werden soll.

Der Abschnitt 5 des Gesetzes handelt von den Wahlkommissionen. In diesem Abschnitt sind verschiedene Änderungen vorgenommen worden. Während früher die Beaufsichtigung des Wahlvorganges der Kreiswahlkommission und den Bezirkswahlkommissionen zugestanden hat, steht dieses Recht jetzt nur mehr den Vorsitzenden dieser Kommissionen zu. Den Besitzern sind also ihre bisherigen Befugnisse genommen worden. Zu Vorhänden aber werden ausschließlich Litauer, jedoch keine deutschen Memelländer berufen. Was damit bewirkt wird, läßt sich leicht denken.

Im Gesetzesabschnitt über die Kandidatenlisten ist der § 39 abgeändert worden. Bisher hat es geheißen, daß die Anzahl der Kandidaten, die von einer Partei aufgestellt wurden, um die Hälfte größer sein durfte als der Gesamtzahl der Abgeordneten des Landtages. Nach der neuen Fassung darf die Zahl der Kandidaten einer Partei nicht mehr größer sein als die Zahl der insgesamt zu wählenden Abgeordneten. Das kann zur Folge haben, daß auf der deutschen Liste gegebenenfalls kein Kandidat mehr da ist, der nachdrücken kann, wenn es in der Zukunft rein litauischen Wahlprüfungskommission etwa einfallen sollte, einer Anzahl deutscher Abgeordneter unter irgendeinem Vorwand das Recht zur Ausübung der Mandate zu entziehen.

Die weitestgehenden Änderungen haben die Bestimmungen des Gesetzes über den Wahlvorgang selber erfahren. Mit dem Grundsatz, daß jeder Wähler nur eine Stimme haben soll, ist gebrochen worden. Der § 54 bestimmt vielmehr, daß jeder Wähler soviel Stimmen hat, als Abgeordnete in den Landtag gewählt werden, also 29. Der Wähler stimmt für die Kandidaten, die er sich aus den Kandidatenlisten wählt. Für jeden Kandidaten, den der Wähler wählt, kann er nur eine Stimme abgeben. Für jeden Kandidaten erhält der Wähler einen Stimmzettel, auf den Vor- und Zunamen, Alter, Beruf und laufende Nummer des Kandidaten gedruckt sind. Und zwar werden ihm die Stimmzettel unmittelbar vor der Wahl im Wahllokal übergeben. Wenn also z. B. zehn verschiedene Parteien an der Wahl beteiligt sind, so erhält der Wähler, wenn jede Partei die volle Zahl der zulässigen 29 Kandidaten aufstellt, nicht weniger als 290 Stimmzettel in die Hand gedrückt, durch die er sich dann in der Wahlzelle einzeln durchzuwählen hat, um die 29 Kandidaten, die er wählen darf, herauszufinden. Es läßt sich voraussehen, daß eine solche Papierflut eine heillose

Bewirrung anrichten muß. Es ist kaum anzunehmen, daß bei einer solchen Regelung die Wahl "voetrouw" in geordneter Weise durchgeführt werden kann.

Um den methodischen Wahlgang dieser Bestimmungen ganz zu begreifen, muß man einmal folgende Überlegung anstellen. Unter der obigen Annahme, daß sich 10 Parteien an der Wahl beteiligen, erhält jeder Wähler 20/10 Zettel in die Hand gedrückt. Nun kann ein Durchschneidmännchen im allgemeinen nicht hagen. Er braucht eine gewisse Zeit, bis er sich durch den Papierhaufen durchgearbeitet hat. Nimmt man für jeden Wähler nur 2 1/2 Minuten Zeit zum Sortieren der Stimmzettel an, so heißt das, unter Nichtberücksichtigung anderer möglicher Störungen, daß in einer Wahlzelle je Stunde 24 Wähler abgefragt werden können. Nimmt man weiter an, daß sich in jedem Wahllokal je zwei Wahlzellen befinden und daß 12 Stunden lang gewählt werden kann, so kommt man zu dem Ergebnis, daß in jedem Wahllokal im ganzen 552 Wähler ihre Stimme abgeben können. Nun gibt es im ganzen Memelgebiet unter Berücksichtigung der litauischen Einbürgerungen auf der einen und der Wahlrechtsentziehungen auf der anderen Seite voraussichtlich 70 000 Wähler. Diesen stehen nach der starken Verminderung der Zahl der Stimmbezirke insgesamt nur noch 76 Wahllokale zur Verfügung (früher 198). Nach der obigen Berechnung können bei zweifündiger überall völlig reibungslos vor sich gehender Wahlhandlung bestenfalls etwa 42 000 Wähler abgefragt werden. Der Rest von 28 000 Wählern wird nicht mehr zur rechten Zeit zur Wahlurne gelangen. Setzt man die Zeit, die jeder Wähler braucht, um seine Stimmzettel in Ordnung zu bringen, auf 4 Minuten an, dann erhöht sich die Zahl der nicht mehr zum Wahllokal gelangenden Wähler auf etwa 43 000. Das sind etwa zwei Drittel aller Wähler, die wegen der Kürze der Zeit der Möglichkeit einer Abgabe ihrer Stimmen beraubt werden würden. Wer sich sein Wahlrecht sichern will, wird also, wenn hier nicht Abhilfe geschaffen wird, stundenlang anstehen müssen, ganz abgesehen davon, daß sehr viele Wähler auf dem Lande infolge der Verringerung der Stimmbezirke einbis zweifündige Anmarschwege zu den Wahllokalen zurücklegen haben.

Sehr auffällig ist auch die Änderung der Bestimmungen des Gesetzes, die sich auf die Veröffentlichung des Wahlergebnisses beziehen. Früher wurden die Stimmen in dem Wahllokal, in dem sie abgegeben wurden, von der dortigen Bezirkswahlkommission gezählt. Nach der neuen Regelung werden hier nur noch die abgegebenen Umschläge gezählt. Dann werden wie § 65 bestimmt, die Umschläge gebündelt und an die Kreiswahlkommission in Memel geschickt. Dort erst werden dann, nach § 65 l, der neu zugefügt worden ist, die Umschläge geöffnet und die Stimmen ausgezählt. Die örtlichen Bezirkswahlkommissionen haben also keine Möglichkeit, sich davon zu überzeugen, wie in ihren Bezirken gewählt worden ist; es ist ihnen also auch nicht möglich, die später von der Kreiswahlkommission veröffentlichten Wahlergebnisse auf ihre Richtigkeit zu prüfen. Der Kreiswahlkommission

gehört kein einziger Deutscher an! Das "obozna" die "Kalkulation" des "Wahlergebnisses" werden, genötigt durchgeführt — je nach Bedarf. Es ist auch bezeichnend, daß die Kreiswahlkommission ihre Arbeit nicht mehr wie früher in öffentlicher Sitzung erledigt. Der § 70, der das bestimmte, ist in der neuen Fassung des Gesetzes gefallen. Bestrichen sind auch die §§ 68 und 69, die über den Verlauf der Wahl an Ort und Stelle ein Protokoll verlangen, in das auch Einprüche, Proteste usw. der Wählerschaft sowie die Ansicht der Bezirkswahlkommission über den Verlauf der Wahl in ihrem Bezirk aufzunehmen waren.

Nun hinzugekommen ist ein § 85 l, welcher bestimmt, daß die Abgeordneten zu Beginn ihrer Tätigkeit einen Eid bzw. ein feierliches Versprechen abzulegen haben. Der Text ist wörtlich folgender. Die Abgeordneten haben sich zu verpflichten, der litauischen Republik treu zu sein, die Verfassung des litauischen Staates, das Memelstatut und die anderen im Memelgebiet geltenden Gesetze des Memelgebietes wie auch Litauens zu schützen und zu erfüllen. Ablehnung des Eides wird mit Entziehung des Abgeordnetenmandates bestraft. Es ist also beabsichtigt, die gewählten Abgeordneten durch Eid an die Verbrechen zu binden, die in den letzten Monaten und Jahren von litauischer Seite an der Bevölkerung des Memellandes verübt worden sind.

Das sind die wesentlichsten Veränderungen, die am Wahlgesetz vorgenommen wurden. Die Abicht des Wahlrechtsraubes und der Wahlfälschung liegt ganz offen zutage. Wie zum Hohn haben die litauischen Gesetzgeber den § 1 des Wahlgesetzes, der die allgemeine, gleiche, unmittelbare und geheime Wahl vorschreibt, bestehen gelassen.

Uebrigens ist es immer noch fraglich, ob die Wahlen wirklich am 29. September stattfinden werden. Die litauische Presse brachte vor kurzem die Nachricht, daß der Verband der Rabbiner Litauens die Verschiebung der Wahlen verlangt hat mit der Begründung, daß auf den 29. September der größte jüdische Feiertag (Neujahr) falle und die Juden an diesem Tage sich an den Wahlen nicht beteiligen könnten. Es würde angelehnt, bei oft besprochenen rückgratigen Untertänigkeit der sog. Machthaber von Rauen gegenüber den Juden und Polshemien nicht überraschen, wenn die litauische Regierung dieser aufdringlichen Forderung der Rabbiner nachgeben und die Wahlen noch weiter hinausgeschoben würde. Schließlich ist ihr ja wohl die Stimme eines verlassenen Hebräers angenehmer als die politische Meinung von 60 000 memelländischen Wählern. Es ist nur nicht ganz klar, wieso man erst so spät das Zusammentreffen der Wahlen mit dem jüdischen Neujahr entdeckt hat. Da man nicht annehmen kann, daß bei den Schamaten die gegenseitige Einrichtung des Kalenders noch unbekannt ist, kann es sich hier nur um einen neuen Vorwand für die weitere Verschleppung der Wahlen handeln, falls die geplanten Vorbereitungen, d. h. die Massen-einbürgerungen und die Wahlrechtsentziehungen, bis zu dem ursprünglich vorgesehenen Termin etwa noch nicht beendet sein sollten.

Die Deutschen werden ausgeschaltet

Seit Juli bereits sind in Polen die Vorbereitungen für die bevorstehenden Sejm- und Senatswahlen im Gange. In der ersten Hälfte des Monats August sind die Bezirksversammlungen aufgestellt worden, deren Aufgabe es ist, in den 104 Wahlbezirken, in die das polnische Staatsgebiet eingeteilt ist, die Kandidaten für die Wahlen zum Sejm zu bestimmen. Die meilands meisten Mitglieder der Bezirksversammlungen, nämlich etwa 8300, sind von den territorialen Selbstverwaltungen, also den Stadtvorordnenungsverwaltungen, den Gemeindevorordnenungsverwaltungen, die Landwirtschafts-, Handels- und Handwerkskammern haben etwa 2150 und die Gewerkschaften etwa 1650 Delegierte entsandt, die Bezirke, die Anwalts- und Notariatskammern, die Hochschulen, Frauenvorstände usw. insgesamt etwa 5000. Von der Möglichkeit, weitere Delegierte auf Grund von Listen mit je 500 notariell beglaubigten Unterschriften in die Bezirksversammlungen zu entsenden, ist nur in geringem und in den einzelnen Landesteilen sehr unterschiedlichem Maße Gebrauch gemacht worden. In der Wojewodschaft Schlesien sind nur 20 solcher 500-Mann-Listen zustande gekommen, in der

Wojewodschaft Polen 127, in der Wojewodschaft Pommerellen 134, in der Wojewodschaft Wilna 34, in der Wojewodschaft Lemberg 42, in Warschau 30, in der Wojewodschaft Lodz nur 7.

Mitte August sind dann die Bezirksversammlungen zusammengetreten, um die Kandidaten für die Wahlen zum Sejm zu bestimmen. Es sind im ganzen etwa 1 000 Kandidaten aufgestellt worden. Schon aus der Liste der aufgestellten Kandidaten läßt sich der sichere Sieg des Regierungslagers bei den am 8. September stattfindenden Sejmwahlen entnehmen. Bei der überwiegenden Mehrzahl der Kandidaten handelt es sich um ehemalige Abgeordnete des Regierungslagers und Funktionäre der Regierungspartei. Von den derzeitigen und ehemaligen Ministern des Volksrats-Bagern kandidieren u. a. Sławek, Kocalski, Piarcowski, Stawoj, Stadomski, Szwaj, Stojarski, Rajzman, Kiebancki, Rac usw. Stark vertreten sind auf der Kandidatenliste die großindustriellen und großgrundbesitzenden Kreise. Dagegen finden sich auf der Liste nur verhältnismäßig wenige Arbeiter- und Bauernvertreter. Von den Politikern der Oppositionsparteien, die sich in letzter

Zeit dem Regierungslager in der Hoffnung genähert hatten, durch die Abkehr von ihren alten Parteien den Fortgang ihrer politischen Laufbahn zu sichern, ist es nur wenigen gelungen, einen Platz auf der Kandidatenliste zu angeln. Die Juden haben eine Reihe von Kandidaten aufstellen können. Ebenso die Ukrainer, die Weißrussen und Litauer nehmen an den Wahlen teil.

Die deutsche Volksgruppe hat keinen einzigen Kandidaten erhalten. Unter eigenartigen Umständen ist ihr der eine Kandidat, auf den sie mit Bestimmtheit glaubte rechnen zu können, verlorengegangen. Der Wojewode Grazynski hatte in einer Besprechung, die der „Rat der Deutschen in Polen“ auf Wunsch des Ministerpräsidenten Slamek am 12. August mit ihm hatte, die Aufstellung eines deutschen Kandidaten für den Warschauer Sejm in einem der fünf obersteichischen Wahlkreise zugesichert. Da die Zahl der deutschen Delegierten in den Bezirksversammlungen nirgends ausreichte, um einen deutschen Kandidaten aufzustellen, konnte die Zustimmung des Wojewoden nicht anders aufgesucht werden, als daß die Delegierten des Regierungsblocks in einer der schlesischen Bezirksversammlungen, und zwar der Kattowiger, die Annäherung erhielten, den von deutscher Seite vorgeschlagenen Kandidaten zu unterstützen. Da die Regierungsanhänger in den Bezirksversammlungen fast durchweg die Kandidaten gewählt haben, deren Wahl „von oben“ angeordnet worden war, hätte ein entsprechender Hint in bezug auf den deutschen Kandidaten wirklich eine Schwierigkeit gemacht. Tatsächlich sind dann die deutschen Delegierten jedoch im Widerspruch zu der Zustimmung des Wojewoden bei der Abstimmung über die Kandidaten im Stich geblieben worden.

Von polnischer Seite ist später behauptet worden, das habe daran gelegen, daß sich die Deutschen untereinander nicht über den von ihnen vorgeschlagenen Kandidaten hätten einigen können. Das trifft nicht zu. Tatsache ist vielmehr, daß bei der Besprechung mit dem Wojewoden von deutscher Seite zunächst der Hüttendirektor A. D. Sabab vorgeschlagen und von Grazynski auch genehmigt worden war. Tatsache ist weiter, daß der deutsche Gewerkschaftsführer Szonowski nachher erklärte, es könne den deutschen Arbeitern nicht zugemutet werden, ihre Stimme einem Hüttendirektor zu geben. Tatsache ist schließlich, daß die deutschen Delegierten in der Kattowiger Bezirksversammlung daraufhin geschlossen für den früheren Abgeordneten Jankowski stimmten, bei den polnischen Delegierten jedoch, wie gelagt, keine Unterstützung fanden. Von polnischer Seite ist also der Wechsel in der Person des vorgeschlagenen deutschen Kandidaten dazu benutzt worden, um die vom Wojewoden gemachte Zusage zu brechen. Es ist außerordentlich bedauerlich, daß die im „Rat der Deutschen“ bestehenden Meinungsverschiedenheiten der polnischen Seite den erwünschten Vorwand verschafft haben, das gegebene Wort nicht zu halten. Etwas mehr Kenntnis des polnischen Partners hätte man bei den „alten Routiniers“, die im „Rat der Deutschen“ sitzen, doch wahrhaftig voraussehen können! Trotzdem bleibt die Tatsache bestehen, daß es den Polen bei einem guten Willen sehr leicht möglich gewesen wäre, den versprochenen deutschen Kandidaten aufzustellen. An diesem guten Willen aber hat es eben gefehlt. Es muß in diesem Zusammenhang auf einen ganz ähnlichen Fall in Krafau hingewiesen werden. Dort hatten die Juden in den Besprechungen mit den polnischen Regierungsleuten zunächst einen ihrer Leute in Vorschlag gebracht und dann in der Bezirksversammlung schließlich doch einen anderen gewählt. Anders als bei den Deutschen in Kattowig haben sich die Polen bei den Juden in Krafau durch den personellen Wechsel in der Kandidatur nicht davon abhalten lassen, ihr gegebenes Versprechen zu halten. Diele bessere Behandlung der Juden durch polnische Regierungsleute ist sehr bezeichnend.

Die deutsche Volksgruppe, die im Dezember 1930 unter blutigem Terror gewählten Warschauer Sejm durch 5 und in dem zu gleicher Zeit gewählten schlesischen Teilsiedlungslandtag durch 7 Abgeordnete vertreten war, wird in Zukunft weder in der einen noch in der anderen Körperschaft vertreten sein. Wer sich von den Deutschen Polens an den Sejmwahlen beteiligt, ist also gezwungen, einem polnischen Kandidaten seine Stimme zu geben. Man kann einem Deutscher aber

schwer zumuten, Leute zu wählen, die er zumeist überhaupt nicht oder wenn, dann nur durch eine Betätigung kennt, die alles andere als deutschfreundlich ist. Der „Rat der Deutschen“ stellte es in einem Aufruf, den er nach dem Bekanntwerden der Kandidatenliste herausgab, jedem einzelnen Deutschen anheim, selbst zu entscheiden, ob er sich an den Wahlen beteiligen will. Einige Tage darauf aber trat die dem „Rat der Deutschen“ angehörende „Deutsche Vereinigung“ für Polen-Pommerellen schon wieder mit einer anderen Parole hervor. Es hätten, heißt es in dem diesbezüglichen Aufruf, neuerliche Verhandlungen mit Vertretern der polnischen Regierung und den örtlichen Behörden stattgefunden; der Vorstand der „Vereinigung“ sehe sich nunmehr „aus verschiedenen Gründen“ veranlaßt, die Deutschen Polens und Pommerellen zur Teilnahme an den Wahlen und zur Abgabe ihrer Stimmen auf die Vertreter des Regierungsblocks aufzufordern. Es wird schließlich die „überlichtliche Hoffnung“ ausgesprochen, daß die Regierung den berechtigten Forderungen der deutschen Volksgruppe in unserer Heimat Rechnung trägt und uns Deutschen damit die Erhaltung des uns zusehenden Lebensraumes und unserer völkischen Eigenart sichert! Das Interesse des polnischen Regierungsblocks an den deutschen Stimmen in Polen-Pommerellen kann man verstehen. Die Wahlstimmung ist gerade in diesen traditionell gegen Warschau opponierenden Gebieten recht flau.

Wie erwähnt, sind als Kandidaten für den Sejm fast ausschließlich Leute des Regierungslagers aufgestellt worden. Trotzdem ist der Wahlvorgang, der sich am 8. September vollziehen wird, nicht ohne Bedeutung. Im Regierungsblock sind die verschiedensten sozialen und weltanschaulichen Richtungen vereinigt; und ebenso stehen auf der Kandidatenliste Leute, die zwar alle zum Regierungsblock gehören, aber zum Teil bäuerliche, zum anderen Teil großagrarische Interessen, zum Teil sozialistische, zum anderen Teil kapitalistische Beseengänge, zum Teil mehr freidenkerische, zum anderen Teil mehr literarische Gedanken vertreten. Die gemeinsame Zugehörigkeit zum Regierungsblock schließt demnach nicht aus, daß die etwa 1000 Kandidaten, von denen ja nur etwa 200 zu Abgeordneten und ebenso viele zu Abgeordnetenvertretern gewählt werden können, sich gegenseitig die Wähler abspenstig zu machen versuchen. In Wilna z. B. liegen das konservative „Slow“ und der mehr links gerichtete „Kurjer Wilanski“, die beide zum Regierungslager gehören, miteinander in Fehde. Anderswo ist es ähnlich. Es geht bei den Wahlen darum, ob der linke oder der rechte Flügel des Regierungsblocks im fünftägigen Sejm die Oberhand gewinnen wird. Da die polnischen Oppositionsparteien keine Kandidaten, um deren Mandate sie sich bemühen müßten, aufgestellt haben, und die wenigen ukrainischen und jüdischen Kandidaten, die aufgestellt werden konnten, in der Gesamtameisanderlegung nur eine nebensächliche Rolle spielen, würde sich jeder Wahlkampf vor allem auf Rollen der Einigkeit im polnischen Regierungslager auswirken. Die an sich schon bestehenden Gegensätze in diesem Lager würden sich in einem solchen Kampf, in dem es an Gegnern aus den oppositionellen Lagern fehlt, notwendigerweise verschärfen. Unter diesen Umständen ist es leicht zu verstehen, daß die regierenden Kreise großen Wert darauf legen, daß überhaupt keine Wahlpropaganda für die einen oder jenen Kandidaten, als den Vertreter dieser oder jener Richtung oder Schattierung, stattfindet. Der Wähler, der Oberst Slamek in einer Presseerklärung gelagt, wisse selber am besten, zu welchem Kandidaten er das größte Vertrauen setze; jede Werbung könne sein gesundes Urteil nur trüben. Man sieht das, und man lächelt.

Der „Ostdeutsche Heimatalteiler 1936“

kommt binnen kurzem zum Versand. Bestellungen sind sofort über die Ortsgruppen des Bundes Deutscher Osten aufzugeben. Preis für Mitglieder des B.D.C. 0,60 A.M. Ortsgruppen erhalten bei Sammelbestellungen über die Landesgruppen Rabatt. Einzelpreis für Nichtmitglieder 0,90 A.M. — Der Kalender bietet auf 112 Seiten bei reicher Bildausstattung eine Fülle unterhaltsamen und belehrenden Stoffes.

Danzig verhandelt mit Polen

Auf Grund der Vereinbarung vom 8. August haben am 19. August die Verhandlungen zwischen Danzig und Polen begonnen. Die freie Stadt geht bei diesen Verhandlungen, die für die künftige Gestaltung ihres Verhältnisses zu Polen von größter Bedeutung sind, von einer Reihe von Voraussetzungen aus, ohne deren Anerkennung durch den polnischen Partner eine dauerhafte und befriedigende Lösung nicht denkbar erscheint. Zunächst muß die freie Stadt, was immer wieder betont werden muß, darauf bestehen, daß Polen auf je weiteren Vorstoß gegen die Danziger Währung verzichtet und nicht noch einmal auf den hintergründigen Gedanken verfällt, seine Unterstützung bei der Sicherung des Guldens" aufzubringen. Die Währungsfrage der freien Stadt hat sich in letzter Zeit durchaus günstig entwickelt; die Währungsreserven der Bank von Danzig sind im Laufe eines Monats um über ein Drittel gestiegen; die Guldenbewirtschaftung hat sich bemäht. Senatspräsident Greifer hat, um jeden Zweifel auszuschließen, am 26. August in seiner Volkstagsrede noch einmal betont, daß Danzig niemals irgendwelche Rechte hinsichtlich seiner Währung und der Selbstständigkeit seiner Notenbank preisgeben wird."

Die zweite Voraussetzung für einen dauerhaften Erfolg der Verhandlungen ist, daß von polnischer Seite die Eigenstaatlichkeit der freien Stadt und deren volle Gleichberechtigung am Verhandlungstisch anerkannt wird. In dieser Hinsicht haben auf polnischer Seite seit jeher Vorstellungen bestanden, die weder juristisch zu stützen noch moralisch und politisch zu rechtfertigen sind. Die Stellung Danzigs als unabhängiger Staat ist polnischerseits bis heute noch nicht anerkannt worden. Das hat im Laufe der Jahre zu zahlreichen schweren, unnütz Kräfte verbrauchenden Konflikten geführt. Daß sich die polnische Seite, die Eigenstaatlichkeit Danzigs in Zweifel zu ziehen, auch in Zukunft immer wieder lösend und verberühmend auf die beiderseitigen Beziehungen auswirken muß, wird man verstehen, wenn man z. B. im "Kurier Bydgoski" eine der typischen polnischen Äußerungen hierüber liest: Polen könne sich nicht damit einverstanden erklären, Danzig als souveränen Staat anzuerkennen. Es erlaube wohl an, daß heute die Mehrzahl der Danziger deutsche Volkstumsangehörige sind; es könne jedoch nicht vergessen, daß sich die Einwohner Danzigs in der Vergangenheit politisch zu Polen hingezogen fühlten (?), und daß Danzig, geographisch gesehen, ein Teil des polnischen Territoriums" sei! Polen werde Danzig nicht als gleichgeordneten Partner betrachten; eine solche Stellung ließe nach den geltenden Bestimmungen Danzig nicht zu (?). Unklarheit läßt sich erkennen, daß solche Behauptungen nur von Menschen aufgestellt werden können, die das Opfer einer beflaggsamerikanischen Inflation sind und die neuerlichen Manieren der politischen Inflation der Verfallenera noch nicht abgelegt haben.

Weiter muß Danzig, um dem polnischen Partner das für die mühsamsten Zusammenarbeiten erforderliche Vertrauen entgegenbringen zu können, darauf bestehen, daß die feindliche Berichterstattung gewisser polnischer Blätter — solche des Regierungslagers nicht ausgenommen — endlich eingestellt wird. Da bei einem Teil der polnischen Presse in dieser Hinsicht nicht genügend Disziplin vorausgesetzt werden kann, liegt es schließlich an der polnischen Regierung, für ein entsprechendes Verhalten der betreffenden Organe Sorge zu tragen. Senatspräsident Greifer hat sich in seiner Volkstagsrede hierzu geäußert: "In Danzig dürfte es keine Zeitung wegen, das Verhältnis zu Polen durch eine unaufrichtige und dem christlichen Willen der führenden Staatsmänner in den Rücken fallende Berichterstattung zu stören. Dieselbe Autorität, die ich in Danzig zugunsten unseres Verhältnisses zu Polen einzuweisen jederzeit gemißt bin, muß ich auch von meinem Verhandlungs- und Vertragspartner verlangen können."

Danzig braucht, um sich auf eine Zusammenarbeit mit Polen auf lange Sicht einstellen zu können, die Gewißheit, daß Polen in mindestens demselben Maße,

wie es von Danzig die Einhaltung der Verträge verlangt, seinen eigenen Verpflichtungen Danzig gegenüber nachkommt. Zu diesen Verpflichtungen gehört in erster Linie die Ausnutzung des Danziger Hafens in einem Maße und in einer Weise, die der freien Stadt ein gedeihliches, die private Initiative anspornende Entwicklung ihres Wirtschaftslebens verspricht. Die Politik, die Polen in dieser Beziehung bisher verfolgt hat, ist geeignet, die Danziger Wirtschaft immer weiter von derjenigen Polens zu entfernen. Niemand darf sich darüber wundern, daß jedes Schiff, das nicht mehr den Danziger, sondern den Ostingener Hafen anläuft, jede Erschwerung der Danziger Ausfuhr nach Polen, jeder unüberlegte Angriff auf das nationale Empfinden des Danziger Deutschtums im Endergebnis nur eine weitere Entfremdung hervorrufen kann. Die Auffassung, daß Danzig „im eigenen Interesse" danach streben müsse, sein Wirtschaftsleben demjenigen Polens ohne Vorbehalt ein- und unterzuordnen, kann nur der vertreten, der nach 15 Jahren polnischer Staatlichkeit noch den Mut aufbringt, zu behaupten, daß es für eine deutsche Bevölkerung ein beneidenswertes Vergnügen sei, unter polnischer Herrschaft zu leben. Von derartig abwegigen Vorstellungen muß man sich auf polnischer Seite befreien.

Als der Danziger Senat am 1. August, um die katastrophalen Folgen der polnischen Zollverordnung abzumenden, eine teilweise Aufhebung der Danziger Zollgrenze gegenüber dem deutschen Mutterlande verfügte, da war es kein Zufall, daß viele, sehr viele in Danzig glaubten, jetzt sei der Zeitpunkt gekommen, dem unmariaischen Zustand, den das Verfaller Diktat geschaffen hat, ein Ende zu machen. Dieser Glaube an eine kurzfristige Lösung des Danziger Problems mußte sich freilich als ein Irrtum erweisen. Der "Danziger Wortsprecher" ist diesem Glauben, um ihn nicht zu einem Moment der Schwäche für den Behauptungswillen der Danziger Deutschen werden zu lassen, damals entgegengetreten: "Wir werden mehr teilen und allen Angriffen um so stärkeren Widerstand entgegensetzen können, wenn wir uns von vornherein klar machen, daß noch viele schwere Opfer gebracht werden müssen. Wir werden um so stärker sein, wenn wir weder uns noch anderen Wunschbilder vorkaufeln. . . . Halten wir fest an dem traditionellen Wirtschaftseisinn unserer Hansestadt und vor allem an der Tradition nationalsozialistischen Kampfeswillens, der kämpfen heißt, ohne zu fragen, wann das Ziel, die Macht, erreicht ist!"

Der Vizepräsident des Danziger Volkstages, Andres, schloß die Erklärung, die er am 26. August im Namen der nationalsozialistischen Fraktion abgab, mit den Worten: "So wie einmal die SEDWZ die Wiedergeburt einleitete, so wird auch die SEDWZ hier in Danzig das Unrecht wiederaufmachen, das man die deutschen Stadt angetan hat. Wir wissen, daß wir hier nur Vorhut sind und diese Stellung so lange zu halten haben, bis der Befehl zur Lösung dieses auf die Dauer untragbaren Zustandes gegeben wird. Mag die Opposition andere Ziele verfolgen, wir werden uns nicht beirren lassen und weiterkämpfen unter der Parole: Zurück zum Reich — gegen vertragliche Willkür!" Und Senatspräsident Greifer schloß seine Regierungserklärung mit einem Gruß an den Panzerkreuzer "Admiral Scheer", der in diesen Tagen den Danziger Hafen besuchte: "Jeder Danziger sollte dieses stolze deutsche Kriegsschiff besuchen, damit jenes Gefühl, welches bei manchem bisher vielleicht nur ein leises Bangen und Sehnen war, zur Gewißheit wird, daß der Führer und sein Werk die Freiheit des deutschen Volkes, zu dem auch wir gehören, bedeutet."

Sahet im Urlaub nach dem schönen Danzig!

Sorge um die polnische Handelsbilanz

Die polnische Handelsbilanz war im April d. Js. mit 0,23 Mill. und im Mai mit 1,8 Mill. Zloty passiv. Sie ist im Juni zwar wieder aktiv geworden. Doch ist diese Besserung nicht geeignet, die Sorge, die man sich in Warschau wegen der zünftigen Entwicklung des polnischen Außenhandels macht, zu zerstreuen. Denn im ersten Halbjahr 1935 hat die Einfuhr Polen 416,3 Mill., die Ausfuhr 442,6 Mill. Zloty, der Aktiotaldo also 26,3 Mill. Zloty betragen, während er in der gleichen Zeit des Vorjahres noch eine Höhe von 81,3 Mill. Zloty erreichte. Im ganzen ist der polnische Außenhandel noch aktiv, doch ist der Saldo ganz erheblich zusammengekrumpft. Man befürchtet nun in Warschau nicht ohne Grund, daß es sich bei diesem Rückgang des Aktiotaldos nicht um eine vorübergehende Erscheinung handelt; man rechnet vielmehr damit, daß der polnische Außenhandel in Zukunft, wenn auch nicht dauernd passiv werden, so doch keine nennenswerten Ueberschüsse mehr abwerfen wird. Diese Tendenz einer fortschreitenden Angleichung der Ausfuhr- an die Einfuhrwerte wird durch die sich immer mehr einbürgernde Praxis des Kompensationshandels bei den Staaten begünstigt, die für den polnischen Außenhandel besonders wichtig sind. Deutschland ist durch seine Devisenlage gezwungen, die Höhe seiner Einfuhr aus Polen der Höhe seiner Ausfuhr dorthin anzupassen. Der Handelsvertrag mit England hat nicht zu der von Warschau erhofften Steigerung der polnischen Ausfuhr geführt, sondern im Gegenteil eine Verringerung des bis dahin recht beträchtlichen polnischen Aktiotaldos im Handelsverkehr mit England zur Folge gehabt. Rußland scheint der polnischen Ausfuhr keine erheblichen Möglichkeiten zu bieten, da die polnische Wirtschaft nicht in der Lage ist, die von den Sowjets geforderten langfristigen Lieferungsstrebte zu gewähren. Auch Frankreich bietet mit seiner Kontingentspolitik dem polnischen Handelspartner wenig Gelegenheit, ein Ausfuhrüberschuß zu erzielen. Ähnlich liegen die Verhältnisse beim polnischen Handelsverkehr mit anderen europäischen Ländern. Diese Entwicklung hat die Aufmerksamkeit der polnischen Wirtschaftskreise in zunehmendem Maße auf die Förderung der Ausfuhr nach überseeischen

Gebieten gelenkt. Am Vortehr mit diesen Gebieten ist der polnische Außenhandel seit jeher in hohem Maße passiv. Nach den Vereinigten Staaten z. B. hat Polen im Jahre 1933 für nur 1,6 Mill. Zloty Waren ausgeführt, von dort aber für 13,3 Mill. Zloty bezogen. Es bleibt fraglich, ob es Polen gelingen wird, auf den überseeischen Märkten gegenüber der starken Konkurrenz anderer Staaten Raum zu gewinnen.

Eine weitere Droffellung der polnischen Einfuhr kommt kaum noch in Frage. Im Gegenteil steht Polen, wenn es seine Industrie wieder stärker in Gang bringen will, vor der Notwendigkeit, seine Einfuhr zu steigern, da es industriewichtige ausländische Rohstoffe braucht. Unter diesen Umständen läßt sich eine Passivität der polnischen Handelsbilanz nur durch eine Steigerung der Ausfuhr vermeiden, soweit nicht etwa inländische Erzeugnisse hergestellt werden können. Hierbei aber befindet sich Polen in einer wenig glücklichen Lage. Denn auf der einen Seite geben die Preise der Rohstoffe und landwirtschaftlichen Erzeugnisse, die Polen in der Hauptsache ausführt, im Laufe der letzten Jahre ganz empfindlich zurück, auf der anderen Seite aber steigen die Preise derjenigen Waren, die Polen einzuführen muß. So sind z. B. die Preise für Wolle, Baumwolle, Altsien und Kohlen von 1933 auf 1934 zum Teil ganz beträchtlich in die Höhe gegangen, während die Preise für Rohle, Holz, Zucker, Eier, Butter usw. in der gleichen Zeit gesunken sind. Die polnische Handelsbilanz steht demnach unter dem doppelten Druck sich verringern der Ausfuhrmöglichkeiten und sinkender Exportpreise. Es wird erheblicher Anstrengungen bedürfen, um zu verhindern, daß sie dauernd passiv wird. Mit der Aktiotald der Handelspolitik hängt eng die Festigkeit der polnischen Währung zusammen. Deren Festigkeit während der letzten Jahre, in denen der Außenhandel für Polen fast aktiv war, nicht zu bezweifeln; sie wird jedoch problematisch, wenn im polnischen Außenhandel die Tendenz eines Ausgleichs zwischen Ein- und Ausfuhr andauert, die sich in der ersten Hälfte dieses Jahres bemerkbar gemacht hat.

Ostland=Chronik

Die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen

Die polnische Presse betundet ein ziemlich lebhaftes Interesse an dem Fortgang der Wirtschaftsverhandlungen mit Deutschland. Diese Verhandlungen sind noch nicht zum Abschluß gekommen. Nachrichten darüber liefern nur spärlich und kurz. Es hat jedoch den Anschein, als ob sie zu einer weitergehenden Einigung führen wollten, als man noch zur Zeit des Besuches des polnischen Außenministers in Berlin anzunehmen geneigt war. Nach verschiedenen Andeutungen der polnischen Presse zu urteilen, hat man sich auf polnischer Seite mit dem Gedanken befreundet, daß sich der Warenaustausch mit Deutschland nur auf der Grundlage der Gegenseitigkeit weiter entwickeln kann. Nach polnischen Zeitungs-meldungen: wird u. a. mit Aussicht auf Erfolg über die Abnahme eines bestimmten Schwelmeinkontingentes durch Deutschland verhandelt. Ebenso soll auf deutscher Seite die Bereitschaft bestehen, größere Mengen polnischen Holz aufzunehmen. Vertreter der polnischen Holzindustrie haben sich vor einiger Zeit in Berlin aufgehalten. Weiter heißt es, daß auf deutsche Anregung hin eine grundsätzliche Einigung über die Verlängerung des Roggenabkommens zustande gekommen ist; das Abkommen bezieht sich auf die Roggenausfuhr Deutschlands und Polens nach dritten Märkten. Interessant ist die Meldung einer polnischen Zeitung, wonach Deutschland mit der Regelung des Französischer Verkehrs durch den Korridor fast seiner Zeit im Rückstand sein und Zahlung in Waren angeboten haben soll. Der Gebanste ist nicht schlecht. Die Hauptstimmrichtungen für die Verhandlungen sind nach wie vor die deutsche Devisenbemittelung und die geringe Aufnahmefähigkeit des polnischen Marktes für deutsche Industrieerzeugnisse.

Kreuzer Königsberg in Gdingen

Am 21. August lief der deutsche Kreuzer „Königsberg“ in den Gdingener Hafen ein. Es ist das erste Mal, daß ein deutsches Kriegsschiff — in Erwiderung des kürzlichen Besuches der beiden polnischen Kanonenboote „Wicher“ und „Burga“ im Reichstriegehafen Kiel — den polnischen Hafen besucht. An der Dreimeilengrenze wurde der deutsche Kreuzer von einem polnischen Kanonenboot empfangen. Im Hafen von Gdingen gab die „Königsberg“ den üblichen Ehrensalut von 21 Schüssen ab, der von dem polnischen Kalernenschiff „Boholt“ erwidert wurde. Der deutsche Militärattache in Warschau, General Schindler, begab sich in Begleitung des ersten Vortrassleiters, Schliep, und des deutschen Generalkonsuls von Rührer (Thorn) zur Begrüßung an Bord. Es folgten die Besuche des Kommandanten der „Königsberg“ im Gdingener Kriegsmarineamt und des Kommandeurs der polnischen Flotte, des Konteradmirals von Unru, an Bord des deutschen Schiffes. Der Aufenthalt in Gdingen währte drei Tage. Die polnische Presse beschäftigte sich eingehend mit dem deutschen Besuch. Das Interesse der Bevölkerung Gdingens für das Kriegsschiff und seine Besatzung war groß. Viele Tausende fanden sich zur Besichtigung ein. Der Empfang, der den deutschen Offizieren in Warschau bereitet wurde, war, soweit das in der Politik möglich ist, herzlich.

Es hat aber auch nicht an anderen Stimmen gefehlt. So schrieb der nationaldemokratische „Kurier Poznański“: „Wir haben mehr Glauben daran, daß auf russischer Seite weniger Haß uns gegenüber vorhanden ist (als auf deutscher). Wir empfangen die deutschen Gäste zwar mit der entsprechenden Courtoisie und Gastfreundschaft, wir entsprechen damit aber nur den Forman-

litäten und richten uns weniger nach dem Gefühl der Freundlichkeit. Wir sollen mit Freundlichkeit auf die deutsche Kriegsflagge schauen, unter welcher die preussischen Regimenter das polnische Land überwältigen? Wie soll man glauben, daß mit der Unterjochung irgendeines Volkes oder mit der Abtötung irgendeines Volkes der Krieg sich in einen heiligen Kampf oder gar in einen Verbündeten verwandelt? Soudet der „Kurier Poznański“. Zur Sache wäre dazu zu bemerken, daß die preussischen Regimenter, deren Flagge das polnische Hauptbedrückt, das polnische Land von der russischen Herrschaft befreit haben. Hunderttausende deutscher Soldatengräber in Polen sind dafür der Beweis. Wenn das Heuten des Polener „Kurier“ entgangen ist, so liegt das entweder an ihrer mangelnden Auffassungsgabe oder an einem Mangel an anfänglicher Begeisterung. Wahrscheinlich an beidem. Weiter: Der „Kurier“ spricht von Courtoisie und Gastfreundschaft. Er hat wohl die Absicht, die polnische Courtoisie dadurch unter Beweis zu stellen, daß er die Anwesenheit deutscher Offiziere und Soldaten in Polen dazu benützt, deren Flagge zu beschimpfen. Deutscherseits kann man ihm für die Offenherzigkeit, mit der er seine Auffassung von Anstand usw. bekundet, nur danken. Ihm wegen dieses schlechten Benehmens, das nicht dem Deutschen, sondern dem polnischen Ansehen schaden kann, eine Zurechtweisung zuteil werden zu lassen, ist nicht die Aufgabe deutscher, sondern polnischer Stellen.

Militärbefehl aus Polen

Auf Einladung des Oberbefehlshabers der Wehrmacht, Generaloberst von Blomberg, trafen am 23. August fünf polnische Offiziere unter Führung des Generalmajors KUTRZEBKA, des Direktors der polnischen Kriegsakademie, in Dresden ein. Sie nahmen an Übungen des Infanterie-Regiments Dresden und des Artillerie-Regiments Dresden teil und besichtigten dann Kasernenanlagen und das Armeemuseum.

Ein Wappen für Öbgingen

In Öbgingen soll jetzt ein Stadtwappen eingeführt werden, für das verschiedene Vorschläge gemacht worden sind. Die meiste Aussicht auf Annahme hat bisher ein Projekt, das ein glattes Pfahlglied des Danziger Wappens darstellt, nämlich auf rotem Grunde zwei übereinanderstehende weiße Adler, genau angeordnet wie die Kreuze im Danziger Wappen, und darüber dieselbe goldene Krone, wie sie im Danziger Wappen ist. Durch die Ähnlichkeit der Wappen soll angeblich „die historische und wirtschaftliche Verbindung der beiden polnischen Fenster zur See“ unterstrichen werden. Man kann das auch als Mangel an eigenen Einfällen bezeichnen.

Zoppot, das Danziger Weltbad

Verschiedentlich ist in der reichsdeutschen Presse davon die Rede gewesen, daß der Kurort Zoppot in diesem Sommer besonders stark von Juden überlaufen sei. Das ist glücklicherweise nicht der Fall. Wohl gibt es in Zoppot zahlreiche ausländische Kurgäste, neben den Reichsdeutschen, die natürlich weit überwiegen, vor allem Scandinavianer und Polen. Die Juden treten unter ihnen nicht besonders hervor. Und vor allem verrät sowohl die Kurverwaltung wie die Bevölkerung Zoppots nicht die geringste Neigung, ausgerechnet auf die hier und da auftretenden jüdischen Kurgäste irgendwelche besondere Rücksicht zu nehmen. Es ist durchweg dafür gesorgt, daß sich alle anderen Gäste dort erheblich wohler fühlen als gerade die Juden. Radrutschen, die von einem in diesem Jahre besonders auf die Kerzen fallenden jüdischen Anbrang in Zoppot erzählen, sind geeignet, diesem Kurort und damit dem deutschen Danzig zu schaden, indem sie u. U. reichsdeutsche Krücker dazu veranlassen, Zoppot zu meiden. Je mehr Deutsche, die eine gesunde und feste Einstellung zur Rassenfrage haben, nach Zoppot und in die anderen Danziger Bäder gehen, um so weniger Lust werden die Juden verspüren, sich dort bilden zu lassen. Nur dann, wenn Zoppot von den Deutschen selber vernachlässigt wird, wird es eine besondere Anziehungskraft auf die Juden (und übrigens auch auf die Polen) ausüben können.

Auslostraße deutsche Landesgrenze—Warschau

Die vom staatlichen polnischen Wegbaufonds in Aussicht genommenen Wegebauarbeiten sehen den Ausbau

einer Auslostraße von der deutsch-polnischen Landesgrenze über Posen und Lodz bis Warschau vor. Auf diese Weise würde Warschau eine Autoverbindung mit Berlin und dem Westen Europas erhalten. Mit den Bauarbeiten auf dem Abschnitt Posen—Schroda wurde bereits begonnen. Daneben ist auch der Ausbau einer Strecke von Öbgingen nach Ostfrieschellen, die die Verkehrschaft Sommerleben und Posen in nördlicher Richtung durchschneidet, in Angriff genommen worden.

Ein Urteil über Dr. Pant

Vor kurzem erschien ein polnisches Buch über „Die Kämpfe um das Lechener Schloß in den Jahren 1914 bis 1920“. Sein Verfasser ist ein Pole namens KLEMENS MATULIAK, der sich rühmt, von den Deutschen den Beinamen „die wilde Bestie“ erhalten zu haben. Auf Seite 136 seines Buches gibt Matuliak die Erinnerungen eines Hauptmanns namens PAMEL ANTOR wieder. Es heißt dort: „Damals kam auch ich als Offizier zum erstenmal an eine höhere Stelle. Ich kam nach der Kommandatur des Sturm- bataillons der 12. Division. Adjutant dieses Bataillons war Dr. Pant, gegenwärtig Abgeordneter im Schlesienschen Sejm. Dieser Mann hat die Slawen auf Schritt und Tritt bevorzugt, seine besondere Sympathie den polnischen Offizieren geschenkt, und mit großer Achtung ist er den Legionären begegnet. Bei den Anträgen im Kasino hat er die Preußen in scharfer Weise gebrandmarkt, und man konnte herausfühlen, daß er sie im Herzen gehaßt hat. Darüber können Bände geschrieben werden, aber das gehört nicht hierher. Ich wollte Dr. Pant nur erwähnen, weil er mit nach dem Abzug der Legionäre eine größere Anzahl abgemalpeter Fahrtscheine für die Hauptverbreiter der Desorganisation gegeben hat, die nach der Heimat fuhren, um dort eine Waffendefektion aus dem österröichischen Heere vorzubereiten.“ Es handelt sich hier um denselben Dr. Pant, der jahrelang eine sehr maßgebliche Rolle im ostfrieschlesischen Deutschstum gespielt hat, der seit etwa anderthalb Jahren das im Emigrantentum gehaltene Heftblatt „Der Deutsche in Polen“ herausgibt, dessen fransthorst politischer Katholizismus sich als ein erbitterter Störungsfaktor im Deutschstum Polens erwiesen hat. Man kann es verstehen, daß sich der Pole, der obige Worte geschrieben hat, sehr kühl und deutlich von diesem Manne distanzieren.

„Gott mit uns“

Der Arbeiter Karl KACZMARCZAK, der beim Bahnbau Rybnik—Bieleh beschäftigt ist, fiel dem technischen Leiter MUSIOLIK vor kurzem dadurch unangenehm auf, daß er ein altes deutsches Militärfahnen mit der Aufschrift „Gott mit uns“ trug. Musiolik forderte den Arbeiter auf, das Koppel abzulegen. Als Kaczmarczak dieser Aufforderung nicht nachkam, einmal weil er glaubte, Musiolik habe nur einen bloßen Witz gemacht, und dann, weil er das Koppel brauchte, um seine Polen oben zu halten, wurde er auf der Stelle entlassen. Musiolik sollte einmal seine Hosenknöpfe unterfragen, ob da nicht vielleicht noch „Made in Germany“ drauf steht.

Deutscher Betriebsrat entlassen

Der deutsche Volkstumsgenährige Franz LEHNART, der dem Betriebsrat der Friedenschule angehört, wurde am 16. August fristlos entlassen, weil er sich gemeldet hatte, der Lebensversicherung der „Föderation der polnischen Verbände der Vaterlandsverteidiger“ beizutreten. Die Entlassung erfolgte auf Grund des § 123 Abs. 5 der Gewerbeordnung, der folgenden Wortlaut hat: „Fristlose Entlassung kann erfolgen, wenn sich Arbeiter Tätigkeiten oder grobe Beleidigungen gegen den Arbeitgeber oder seine Vertreter oder gegen Familienangehörige des Arbeitgebers oder seiner Vertreter zuzuschreiben kommen lassen.“ Davon, daß Lehnart sich eines Verstoßes gegen diesen Paragraphen schuldig gemacht hat, kann keine Rede sein. Lehnart hat lediglich den Beitritt zu der Versicherung eines Verbandes abgelehnt, der ihm nichts angeht. Franz Lehnart hat als Mitglied des Betriebsrates die Belange seiner deutschen Arbeitskameraden vertreten. Hierin ist wohl der eigentliche Grund für seine Entlassung zu suchen.

Die Belegschaft hat durch den polnischen Vorstehenden des Betriebsrates gegen das anmaßende Verhalten des Betriebsleiters Golsinski schärfsten Einspruch erhoben.

Fzüge werden umgefaßt

Die Kahlenfzüge im ober-schlesischen Bergbauerevier sind bekanntlich nach den Namen verdienter deutscher Miner des Bergbaus benannt. Daran wird Anstoß genommen. Nach Redaktionen der polnischen Presse haben sich verschiedene Stubenverwaltungen bei der polnischen Bergbehörde dafür eingesetzt, daß die bisherigen deutschen Bezeichnungen der Fzüge abge schaff t werden. Offenbar fühlen sich die neuen Herren, die in den betreffenden Stubenverwaltungen (sien, durch die Namen der deutschen Bergperitonen allzu sehr an die Fragwürdigkeit ihrer eigenen Verdienste um die Entwicklung des ober-schlesischen Bergbaus erinnern.

Coppernicus mit dem Hakenkreuz

In der „Polska Zbrojna“, im „Dziennik Poznanski“ und im „Dziennik Ostrowski“ vom 1. August ist die Karikatur eines Copernicus-Denkmal s erschienen: Der große Denker mit einem preußischen Helm auf dem Kopfe hält einen Sphärum in der Hand, auf dem das Hakenkreuz prangt. Ueberschrift: „Copernicus wieder mal ein Deutscher.“ Bildertklärung: „Der deutsche Verlag Propyläen-Verlag, der eine Abteilung von Illustriert, gibt ein vierbändiges Nachschlagewerk heraus, wo Weit Stoh (Wit Stwosza), Copernicus und Belsolozzi als Deutsche erscheinen.“ Hierzu schreibt Dr. Kurt Lid. „Polener Tagesblatt“: Wir weisen den „Dziennik Poznanski“ noch auf andere Angriffsmöglichkeiten hin:

1. In der vom polnischen We s i m a r k e n v e r e i n im eigenen Verlage herausgegebenen Broschüre „Ueber den deutschen Einfluß auf die polnische Kultur“ (O wplywie niemieckim na kulture polska) heißt es auf Seite 5: „... Nicolaus Copernicus, aus einer deutschen, aber Polen treuen Familie.“ (... Mikolaj Kopernik z niemieckiej, ale wiernej Polsce rodziny pochodzacy.)

2. In der der polnischen kulturellen Auslandspropaganda dienenden, in französischer Sprache erscheinenden Zeitschrift „Polozne Litteraire“ 1933, Nr. 801, S. 4, wird Weit Stoh ein „sculpteur allemand, né à Nuremberg“ (ein deutscher Bildhauer, geboren in Nürnberg) genannt. Und der Polener Kunsthistoriker S. Dettloff hat in seiner letzten Arbeit: „Die Quellen der Kunst des Weit Stoh“ („U zrodle sztuki Wita Stwosza“), Warschau 1935, S. 57/8 endgültig mit der Legende des polnischen „Wit Stwosz“ aufgeräumt.

Ueber die Beweisführung mögen die Herren Redakteure, die sich in der Weit-Stoh-Frage noch in geschicklichen Gedankenengängen des vorigen Jahrhunderts bewegen, selber in Dettloffs Arbeit nachlesen. Und Belsolozzi?... Wasfen wir ihn in Ruß, damit nicht eine neue deutsch-polnische Streitfrage entsteht! Der „Dziennik Poznanski“ aber möge nicht in die Ferne schweifen, denn das Gute liegt doch so nah.

Der polnische Pinzel

Seit längerer Zeit schon ist wieder eine neue polnische Aktion gegen den deutschen Besidbnerverein in Belsig im Gange. Diesmal geht es um die Markierungstafeln, die der Verein im Gebiet des Klimczok, der Magora, des Jozefsbirges mit dem Hanslik des Strzegone, der Liponka und der Babiagora angebracht hat. Mehrere Jahrzehnte vor dem Kriege schon, als es in diesem Gebiet noch keine anderen, vor allem keine polnischen Touristenevereine, gab, hat der deutsche Besidbnerverein mit der touristischen Frühlingsung dieses Gebirgslandes begonnen. Welche Arbeit er dort geleistet hat, das kann man aus der Tatsache entnehmen, daß er fast ein halbes Jahrhundert lang über 300 km Markierungstafeln angelegt und unterhalten hat. Beschriebenen polnischen Touristenevereine, die erst Jahrzehnte später entstanden und für die die Arbeit des deutschen Vereins in vieler Hinsicht Vorbild war und auch noch heute ist, scheinen die Markierungstafeln des Besidbnervereins ein Dorn im Auge zu sein. Seit längerer Zeit werden auf Anregung und mit Wissen dieser polnischen Vereine die Markierungstafeln, u. d. Markierungstafeln, des deutschen Vereins zerstört und ver schmiert. In einem Bericht des Besidbnervereins über

diese Vorgänge heißt es u. a.: „Zunächst trafen im Babiagoragebiet die Zerstörer auf den Plan. Die Orientierungstafeln, die biswilling geräumt wurden, die Markierungstafeln, die — obgleich lebenswichtig — beseitigt wurden, sind nicht zu zählen. Die auf der tschechischen Seite vom Besidbnerverein Belsig immer noch erhaltenen Markierungen sind bis auf den heutigen Tag vollkommen unangefastet geblieben. Ein Martyrium ist die Arbeit des Besidbnervereins auf der Babiagora seit etlichen Jahren. Raum aufgestellt, wurden die Markierungstafeln entfernt. ... Mit einem Eifer, der einer besseren Sache würdig wäre, soll alles, was an den Besidbnerverein auf der Babiagora erinnert, ausgemerzt werden. ... Im Jahre 1934 lebte eine ähnliche Tätigkeit im Gebiete des Hanslik ein. Hier unterhielt der Besidbnerverein seit etwa 40 Jahren mit Zustimmung der Grundbesitzer die Markierung Bialo-Hanslik und Straconka-Torombla. Ueber Nacht folglosen, ohne sich mit dem Besidbnerverein ins Einvernehmen zu setzen, hat die Sektion Bialo des (polnischen) Zentraverins diese Markierungen „übernommen“ übermalt und — abweisend von den Karten des militärgeographischen Instituts — durch Tafeln als seine eigenen bezeichnen.“ Ein Urteil über die besondere Art von sportlicher Besinnung, die — nach diesen und anderen Vorgängen zu urteilen — in den Reihen der polnischen „Touristenevereine“ zu Hause ist, kann sich danach jeder selber bilden. Anstatt selbst etwas zu leisten, zerstören diese „Touristenevereine“ das, was von deutscher Seite geleistet worden ist, oder geben es mit Hilfe von ein wenig Farbe als ihre eigene Leistung aus. Das Uebermalen und Zerstören der Wegemarkierungen ist schließlich nur ein kleines Abbild dessen, was in Polen seit einer in größtem Ausmaß geschieht. Es ist sich um eine Wegetafel oder um Copernicus oder um ein ober-schlesisches Industriegebiet handelt, — der Geist, der die Leute, mit dem polnischen Farberpinsel beherrscht, ist immer derselbe.

Die Volkspartei plagt auseinander

Im Jahre 1930 schlossen sich die drei bäuerlichen Parteien, der „Piast“, die „Wyzwolenie“ und der „Bauernbund“, zur Volkspartei zusammen. Diese Partei steht in Opposition zur Regierung. Im Juli beschloß ihr Kongreß die Richtbeileiligung an den kommenden Wahlen. Einige Wochen darauf aber traten 15 führende Mitglieder von dem Beschluß, dem sie kurz zuvor noch zugestimmt hatten, wieder zurück und legten sich plötzlich für die Wahlbeileiligung der polnischen Bauernschaft ein. Sie hatten sich mit maßgebenden Männern des Regierungsbüros, die früher selber zur Wyzwolenie-Gruppe gehört hatten, unter der Hand in Verbindung gesetzt, um sich einige der einträglichen Abgeordnetenmandate zu sichern. Zu der Zukunft der Volkspartei haben sie offenbar kein Vertrauen mehr. Es wurden ihnen hinsichtlich der Sejmmandate auch ziemlich weitgehende Zusagen gemacht. Doch erlitten die „Sejmsionisten“ eine Enttäuschung. Die ihnen gemachten Zusagen sind nicht gehalten worden. Auf der Kandidatenliste für den Sejm finden sie nur mit drei Namen vertreten. Sie haben sich umhin zu setzen geüßt. Die oppositionelle Bauernfront aber haben sie durch ihren Abfall auseinandergeprengt. Es handelt sich bei den Sejmsionisten um Leute der radikalen Wyzwolenie-Gruppe, deren Bestrebungen sich weitgehend mit denen der kleinbäuerlichen Vertreter im Regierungsbüro decken.

Neue deutsche Militärattache

Der deutsche Militärattache in Warschau, General von Schindler, wird in nächster Zeit seinen Posten verlassen; er wird im Reichsheer weitere Verwendung finden. An seine Stelle soll Oberst von Stundlich nach Warschau gehen. — Der bisherige Militärattache in Moskau, Oberst Hartmann, der in derselben Eigenschaft auch in Kaukasus akkreditiert war, ist von seinem Posten abberufen worden. Er findet gleichfalls im Reichsheer Verwendung. Sein Nachfolger ist General der Kavallerie von Rößler in g.

Mit dem Seediens nach Warschau.

Elga Kern macht sich unbeliebt

Es hat eine Zeit gegeben (sie ist auch heute noch nicht ganz überwunden), da liebten es die Polen, sich dem deutschen Schrifttum gegenüber auf die pazifistische Jüdin Elga Kern zu berufen, die sich im Verein mit Friedrich Wilhelm Förster, Jella von Gerlach und Genossen jederzeit für befugt hielt, die deutsche Öffentlichkeit über Polen, „wie es wirklich ist“, zu unterrichten. Zur Zeit des Umsturzes in Deutschland war Elga Kern gerade wieder einmal in Polen; sie hat es vorgezogen, als Emigrantin in Polen zu bleiben. Es ist ihr seitdem nicht besonders gut gegangen. Die polnischen Stielen, mit denen sie vorher zusammengearbeitet hatte, konnten sie jetzt, da ihrer literarischen Tätigkeit in Deutschland der nötige Resonanzboden fehlte, nicht mehr gebrauchen. Hin und wieder drückte man ihr „in Anerkennung früherer Verdienste“ noch etwas Taschengeld in die Hand. Und wieder erschien auch noch ein Auffach von ihr in der polnischen Presse. Die stark jüdisch beeinflusste polnische Literaturzeitschrift „Wiadomosci Literackie“, die der Regierung nahe steht, hielt es für angebracht, der aus Deutschland emigrierten Jüdin ihre Förderung zu teilen und zu lassen. Vor einiger Zeit schrieb Elga Kern nun ein Buch unter dem Titel „*Marja Piłsudka — die Mutter des Marschalls*“. Das Buch kam zunächst in deutscher Sprache heraus. Die geschäftstüchtige Jüdin hatte es nicht für nötig gehalten, sich vor oder während der Abfassung des Buches mit dem Marschall selbst oder einem seiner Beauftragten in Verbindung zu setzen. Ihre mangelnde Sachkenntnis zeigte sie durch echt jüdischen Schmus. Von der polnischen Kritik ist das Buch „z. T. mit berechtigter Entrüstung abgelehnt worden. Bei dem deutschsprechenden Publikum hat es anscheinend keinen lohnenden Absatz gefunden, weshalb es Elga Kern wohl für angezeigt hielt, auch noch eine polnische Uebersetzung erscheinen zu lassen. Die Uebersetzung wurde von einer Beamtin des Heeresbüros,

Nowaczynska, besorgt. Und die Herausgabe dieses albernem Nachwerkes wurde vom Verlag der Heereshauptbuchhandlung besorgt.

Die ganze Angelegenheit hatte schließlich noch ein gerichtlichcs Nachspiel. Die Uebersetzerin Nowaczynska sollte für ihre Arbeit ein Honorar von 300 Zloty erhalten. Die Uebersetzung ist keine leichte Arbeit gewesen, denn es waren dabei eine Masse geradezu fantastischer sachlicher Fehler der Verfasserin richtig zu stellen. Als das polnische Buch erschienen war, weigerte sich Elga Kern pönglich, die vereinbarten 300 Zloty zu zahlen. Sie wurde verklagt, erschien jedoch nicht vor Gericht, sondern schrieb einen Brief, in dem sie sich in abfälliger Weise über die Uebersetzerin aussprach und sich dann schließlich zu der Bemerkung verließ, für die Uebersetzerin sei es eine Ehre gewesen, mit ihr, der Elga Kern, zusammenarbeiten zu dürfen, und es sei eine Dreistigkeit, für diese Ehre auch noch eine Entschädigung zu verlangen! Elga Kern wurde natürlich zur Zahlung des Honorars und zur Tragung der Gerichtskosten verurteilt. Außer den jungen Männern, mit denen die alternde Jüdin gern die Barthscher Nachfolge besucht, wird kaum jemand diese berechtigte Abfuhr bedauern. Für die jüdischen Kulturbohemiens um die „Wiadomosci Literackie“ bedeutet die Honorarangelegenheit eine peinliche Panne. In der nationaldemokratischen Presse sind bei dieser Gelegenheit noch einige andere Fälle angeführt worden, in denen Elga Kern durch ihre literarische Tätigkeit und ihr geschäftliches Verhalten gleichfalls unliebsames Aufsehen erregt hat. Die begründete Empörung der polnischen Öffentlichkeit ist ein zwar später, aber doch recht bemerkenswerter Kommentar zu dem Buche, das die Kern vor einigen Jahren über Polen geschrieben hat, und das damals von polnischer Seite gern gegen das deutsche Schrifttum herausgestellt wurde. Man konnte es sogar auf den polnischen Konsulaten als Reiselektüre erhalten.

Litauische Geschichten von heute

In der Nacht vom 17. zum 18. August wurden in ganz Litauen Aufstände der litauischen Bauernschaft angefangen. Darin wird Mitgliedern der Kaiserlichen Regierung zum Vorwurf gemacht, daß sie nichts für die Bauern tun, sich auf deren Kosten persönlich bereichern und ihr ergründetes Vermögen dann ins Ausland verschleiben. Die Bauernschaft, heißt es weiter, habe nicht die Absicht, mit der Waffe gegen die Regierung vorzugehen. Sie sei aber entschlossen durch einen Streikfort die Städte auszuburgern und auf diese Weise die Regierung zum Nachgeben zu zwingen. Nur die Wiederherstellung normaler politischer Beziehungen zum Deutschen Reich könne die Lage der litauischen Bauernschaft bessern.

Dem Streikbeschluß ist, wie es scheint, vor allem im südlichen Litauen Folge geleistet worden. Dort hielten die Bauern die nach Kauen führenden Straßen in weitem Umkreis besetzt und verhinderten die Lebensmittelzufuhr in die Hauptstadt. Es machten sich daraufhin sehr bald erhebliche Schwierigkeiten in der Versorgung Kausens mit lebensnotwendigen Waren, besonders mit Milch, bemerkbar. Ueber verschiedene Landesteile wurde der *Wusnahmezustand* verhängt. Gegen die rebellierenden Bauern wurde mehrfach Militär und Polizei eingesetzt. Bei einem der Zusammenstöße gab es am 27. August drei Tote. Ein Polizeibeamter wurde durch Steinwürfe getötet; zwei Bauern wurden erschossen. Das litauische Regierungsblatt „Lietuvos Aidas“ führt die Unruhen auf kommunistische Verheugung zurück. Man kann den Leuten in Kauen zu ihren bolschewistischen Bundesgenossen gratulieren. Wer vom Juden ist, stirbt daran.

Am 27. Juli starb der durch seine Deutschenfeindschaft bekannte Pfarrer Valentin Gailius. Er war ein Bruder des derzeitigen illegalen Oberbürgermeisters von Memel. Er wurde 1887 im Kreise Pögegen geboren, besuchte das Gymnasium in Tilsit und studierte mit Hilfe eines deutschen Stipendiums in Königsberg, — woraus er dann später das moralische Recht zur Betsämpfung und Berächtlichmachung alles Deutschen ableiten zu können

glaubte. 1924 spielte er im Memelgebiet als „evangelische Kirchenkommissar“ eine besonders unwürdige Rolle; zu diesem Posten hatte ihm sein Bruder Viktor Gailius, der damals illegaler Präsident des Direktoriums war, verholfen. Er scheiterte an dem geschlossenen Widerstand aller memelländischen Pastoren und der gesamten evangelischen Bevölkerung. Sein geistliches Amt übte er später nicht mehr aus. In den letzten Jahren unterrichtet er am litauischen Gymnasium in Memel. Unersesslich ist der Ruf, mit dem ihn die memelländische Bevölkerung bei seinem öffentlichen Auftreten als Kirchenkommissar empfing: „Tumums pardavau, Judoschius!“ („Du hast uns veraten, du Judas!“).

Der litauische Gouverneur hat drei neue Gouvernementsräte ernannt, und zwar je einen Referenten für Schulfragen, für Pressefragen und kirchliche Angelegenheiten. Dieser letztere Posten wurde mit dem bisherigen Regimentskaplan des litauischen Heeres, Dagies, besetzt. Seine Ernennung bedeutet den ersten Schritt auf dem Wege zur Durchführung der neuen Kirchenordnung, deren Ziel die Vereinheitlichung der memelländischen mit der evangelischen Kirche Großlitauens ist.

Der Führer der „Santara“, einer litauischen Jugendorganisation im Memelgebiet, ein gewisser Grigolaitis, und der Sekretär dieses Verbandes, Sauga, wurden ihrer Ämter enthoben. Sie haben Gelder ihrer Organisation unterschlagen. Grigolaitis ist vor einiger Zeit erst von dem illegalen Präsidenten des Landesdirektoriums, Brucolaitis, zum Beamten im Direktorium ernannt worden. Moralisch einwandfreie Leute stehen den Litauern für ihre Memelpolitik nicht zur Verfügung.

Ein Deutscher aus Memel wurde zu einer Geldstrafe von 200 Lit., im Nichtstreitungsfall zu 14 Tagen Gefängnis, verurteilt. Er hatte eine litauische Weiber, die ihre dreieckige Wäsche am Badestrand wuschen, darauf aufmerksam gemacht, daß das eine Rücksichtslosigkeit gegenüber den Badegästen sei. Die Verurteilung erfolgte wegen „staatsgefährdlicher Meuerungen“!

Das Ausland urteilt über Memel

Stärker als bisher beschäftigt sich das Ausland seit einiger Zeit mit dem Memelproblem. Daß alle Stimmen, die über Memel laut werden, eine Beurteilung Litauens enthalten, liegt in der Natur der Sache.

„Es ist klar“, schrieb kürzlich der Berner „Bund“, „daß, wenn die litauische Regierung durch die verantwortlichen Signatarmächte nicht daran gehindert wird, ihre Maßnahmen bezüglich der Landtagswahlen durchzuführen, von einer Freien und ordnungsgemäßen Wahl keine Rede sein kann... Wir dem rechts-midrigen Vorgehen der Litauer im Memelgebiet nicht Einhalt gebieten, so ist bestimmt mit Komplikationen zurechen. Zwar ist vor kurzem seitens einer Signatarmacht ein neuer Schritt bei der litauischen Regierung angeregt worden. Wie aus einem Pariser Bericht aber hervorgeht, ist die Ablehnung einer Kollektion auf einen Druck der Sowjetregierung in Paris unterblieben. Soll es im Memelgebiet zu der Einhaltung der internationalen Verträge, vor allem der Memelkonvention, kommen, so wird es zunächst einmal notwendig sein, sich von diesem Sowjetdruck zu befreien.“

Auch der Londoner „Star“ beschäftigt sich kürzlich mit dem Memelproblem; er schrieb u. a.: „Dem Memelgebiet haben die litauischen Behörden eine reine Vollstreckungsregierung aufzuerlegt. Die Litauer werden die Wahlen zweifellos in der schamlosesten Weise beeinflussen. Dieser drohende Skandal ist so ernst, daß der französische Ministerpräsident Laual völlig die Beforgnis der britischen Regierung in dieser Angelegenheit teilt. Allerdings ist Mussolini im Augenblick nicht viel daran gelegen, daß sich der Völkerverbund mit irgendeinem internationalen Abkommen befaßt.“

In den „Schweizerischen Monatsheften“ veröffentlicht der Schweizer Journalist Jann von Sprecher einen längeren Bericht über seine Beobachtungen im Memelgebiet. Es heißt dort u. a.: „Das kleine Volk (d. h. die Memelbevölkerung) ist seinen Herrschern ohne jede Beschränkung ausgeliefert. Uns scheint, als ob die Litauer die jahrhundertlange Unterdrückung, die sie selbst unter russischer Herrschaft erfahren haben, nun den Memelländern vergelten wollen. Sie benehmen sich wie ein Volk, das aus Unfreiheit und Knechtschaft plötzlich zu einer ungewohnten Macht

gekommen ist und sich an ihr berauscht. Gewiß, heute sind sie in der Lage, diese Macht rücksichtslos auszunutzen, denn hinter ihnen steht als mächtiger Verbündeter ihr früherer Unterdrücker: Rußland. Und trotzdem spielen sie ein gefährliches Spiel. Der Osten will nicht zur Ruhe kommen, tiegehende Veränderungen sind möglich. Das Memelland ist nur eine kleine Figur in einer weltbewegenden Partie. Möchte doch der Gang der Ereignisse das traurige Geschick dieses kleinen, tapferen Volkes wenden und ihm nach Jahren schwerer Prüfung der Tag der Freiheit erscheinen.“

Die amerikanische Schriftstellerin Viola Bodenschlag, die sich längere Zeit im Memelland aufgehalten hat, hat eine Broschüre unter dem Titel „Das arme Memel“ herausgegeben. Dort schreibt sie in einem Kapitel „Litauen schwingt die Peitsche“ u. a. folgendes: „Wenn die Litauer dem Memelgebiet die wahren autonomen Rechte gäben, würde es keine Memelfrage geben... Die Welt ist physisch und geistig der internationalen Untermittelmilde. Aber man muß verstehen, daß die zahlreichen Memelländer, die Jahrhundert hindurch einer Rasse, einer Nation und einer Zivilisation angehörten, nicht in Monaten oder Jahren, selbst nicht in einem Jahrhundert, in ein anderes Volk umgewandelt werden können, das ihnen dem Blut und der Kultur nach fremd ist. Wie können die Großmächte England, Frankreich, Italien und Japan, die Signatarmächte des Memelstatutes, erwarten, daß die Welt für den Schrei der Unterdrückten des Memellandes taube Ohren habe? Der Vertreter Amerikas gehörte in der Pariser Friedenskonferenz zu denjenigen, die Deutschland zwangen, auf Memel zu verzichten. Deshalb hat unser Land die moralische Verpflichtung, sich des Schicksals des Memellandes anzunehmen. Können andere Nationen an die Aufrichtigkeit dieser Mächte glauben, wenn sie von fair play und Frieden reden und dennoch keinen Finger rühren, um den Memelländern die Freiheit zu geben, die sie ihnen versprochen, als sie das Statut ins Leben riefen? Jahrzehlang hat Memel stillschweigend geduldet, jetzt sind seine Wunden in Eiterung übergegangen, jetzt werden seine Schreie gehört. Es muß erlöst werden, ehe sein Volk dem Wahnsinn verfallt oder untergeht.“

Juden als Kurgäste

Das nationaldemokratische „Słowo Pomorskie“ brachte eine interessante Uebersicht über das Auftreten der Juden in den polnischen Kurorten. Aus der veröffentlichten Aufstellung geht hervor, daß einzelne Kurorte Polens unter ihren Kurgästen mehr als 50 v. H. Juden zählen. Am stärksten sind die Kurorte in den galizischen Bergen von Juden heimgesucht. An erster Stelle steht der Kurort Zawoja in Galizien, wo unter den anwesenden Kurgästen in diesem Jahre 72 v. H. Juden gezählt worden sind. Nur wenig besser ist Sokoł mit 63 v. H. Juden gestellt. Iwonicz weist 60 v. H. jüdische Kurgäste aus, Jaremcze 55 v. H., Szejaownica 51 v. H., ferner Krnycia, Ultron, Worochda und Cieshocinec je 46 v. H. Der große internationale Kurort Polens, Zapolone, zählt 23 v. H. jüdischer Besucher. Es entspricht nur der allgemeinen Verteilung des Judentums in Polen, wenn die wenigsten jüdischen Gäste die polnischen und pommerellischen Kurorte aufzuweisen haben, nämlich Hela 9 v. H. und Sopot 2 v. H. Besonders in den polnischen Seebädern, die sich freilich in einem äußerst primitiven Zustand befinden und anspruchsvolle Gäste nicht anzulocken vermögen, hat sich in diesem Jahre eine ähnliche, gegen die Juden gerichtete Bewegung bemerkbar gemacht, wie sie sich bereits in zahlreichen deutschen Bädern und Kurorten, die etwas auf sich halten, durchgeführt hat. Die Parole „Juden sind hier unerwünscht“ hat auch an der heute zu Polen gehörenden Küstenstraße wachsenden Kurort gefunden.

Auffschlußreich sind auch die weiteren Zahlenangaben des erwähnten polnischen Blattes: In allen Kurorten Polens sind die Juden als Kurgäste in diesem Jahre mit 37 v. H. beteiligt. Wenn man nun bedenkt, daß es in Polen etwa 30 Mill. Arier und etwa 3 Mill. Juden gibt, so kommt man zu dem Ergebnis, daß von je 46 in Polen lebenden jüdischen Juden je einer einen polnischen Kurort besucht, während dieses Zahlenverhältnis bei den Ariern Polens 1:273 beträgt. Oder anders gerechnet: Von je 10 000 Juden oder Ariern in Polen fahren zum Kuraufenthalt in polnische Kurorte je 213 Juden, aber nur 36 Arier. Solche Zahlen geben zu denken. Sie lassen die wirtschaftlich maßgebende Stellung des Judentums in Polen deutlich erkennen. Und außerdem werden sie denjenigen Ausländern, die etwa die Absicht haben sollten, sich in einem der polnischen Kurorte zu erholen, eine Warnung sein; man kann einem gesund denkenden Menschen nicht zumuten, einen völlig verjudeten Kurort aufzusuchen. Uebrigens steigt der Bombenerfolg der polnischen Juden, die sich einen Kuraufenthalt leisten können, gegenüber den Ariern, die sich in einer solchen glücklichen Lage befinden, noch ganz beträchtlich, wenn man die Besucherlisten der stark von polnischen Staatsangehörigen besuchten Kurorte des Auslandes beachtet. Man findet dort in den Kurorten zahlreiche Namen polnischer Juden: Polamenter und Welschenbaum, Löwenberg und Rosenstrauch, ...

Verkehrsverhältnisse der Bayerischen Ostmark

(Im Folgenden werden die wesentlichsten Gesichtspunkte eines Vortrages des Direktors der Regentalbahn-AG, P. F. I. s. l., wiedergegeben. Der Vortrag war für die Arbeitstagung des Bundes Deutscher Osten in Cham bestimmt, konnte dort aber wegen Zeitmangels nicht mehr gehalten werden.)

Das Gebiet der Bayerischen Ostmark gehört mit seinen gebirgigen Grenzstreifen zwischen Hof und Passau zu den verkehrspolitisch am wenigsten erschlossenen Teilen des Deutschen Reiches. Im Gaugebiet gibt es 2797 km Haupt- und Nebenbahnen. Von den 1123 km Hauptbahnen sind die wichtigsten die Strecken Hof—Regensburg (—Landshut) und Passau—Regensburg—Neumarkt. Daneben gibt es noch drei Privatbahnstrecken von zusammen 55 km Länge. Es muß anerkannt werden, daß seit der Wadtergreifung außerordentlich viel für die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse im Gaugebiet getan worden ist. Im Personenverkehr wurden die Geschwindigkeiten bedeutend erhöht: auf den Hauptstrecken bis zu 110 Stundenkilometer und auf den Nebenstrecken durch die Trennung des Personen- vom Güterverkehr bis zu 50 Stundenkilometern. Außerdem wurden die Zugfolgen verdichtet. Eine wesentliche Verbesserung bedeutete die Einführung von Triebwagen im Personenverkehr. Die ersten Triebwagen wurden auf den Strecken Neumarkt—Passau, Passau—Freyung, Waldkirchen—Haidmühle und Plattling—Kalteneck, also im südlichen Teil des Gaugebietes, eingesetzt. Auf Grund der hier gemachten günstigen Erfahrungen wurde der Triebwagenverkehr allmählich auch auf einer ganzen Reihe von Strecken des mittleren und nördlichen Gaugebietes eingesetzt: Weiden—Eslarn, Weiden—Reufkirchen, Amberg—Lauterhofen, Amberg—Schmiedmühle, Amberg—Schneittaubach, Selb—Hollenbrunn—Reupoldsdorf u. a. m. Heute laufen auf den Nebenbahnstrecken des Gaugebietes 30 Triebwagen, deren Leistung etwa 20 v. H. des gelamten Reisezugdienstes des Gaues Bayerische Ostmark beträgt. Die Einstellung weiterer 16 Triebwagen steht bevor. Dann wird der Reichsbahndirektionsbezirk Regensburg, zu dem der weitaus größte Teil des Gaugebietes gehört, unter allen deutschen Bezirken hinsichtlich der Versorgung mit Triebwagen an der Spitze stehen.

Vorbildlich ist auch in bezug auf die Einrichtung von Güterkraftlinien der Reichsbahn gefolgt worden. Da die Nebenbahnstrecken das Bezugsland vielfach nur sehr unvollständig erschließen, hat die Reichsbahn im Gaugebiet die Verkehrsflächen durch Güterkraftlinien nach Möglichkeit zu schließen versucht. Die 37 heute bestehenden Linien verlangen eine Streckenlänge von 1833 km und haben eine tägliche Wagenleistung von 3704 km. Es gibt 261 Kraftwagenhilfsstellen in Orten ohne Bahnverkehr.

Auch die Forderung nach billigen Tarifen ist seitens der Reichsbahn bereits in weitgehendem Maße berücksichtigt worden. Es bestehen z. B. nicht weniger als 400 Ausnahmegtartarife, die in der Hauptsache Güter des täglichen Bedarfs und Erzeugnisse der Ostmarkindustrie betreffen. Im Personenverkehr bestehen im Gaugebiet etwa 30 Arten von Fahrpreismäßigungen; etwa 64 v. H. des reisenden Publikums genießen Fahrpreismäßigungen. Diese Ausnahmetarife und Preisnachlässe reichen jedoch für die besonderen Verhältnisse der Bayerischen Ostmark noch nicht aus. Die Industrie dieses Gebietes liegt sehr ungünstig zu den Hauptabgabebieten. Die fraktliche Vorbelastung ist für die Hauptindustrieweige der Ostmark (Holz, Stein, Glas, Porzellan, Papier und Leder) auch heute noch empfindlich. Eine Frachterbilligung (etwa nach dem Vorbilde der für Ostpreußen getroffenen Regelung) muß als das Kernproblem der Ostmarkwirtschaft angesehen werden.

Biel erörtert wird das Projekt einer durchgehenden Grenzbahn von Passau bis Hof. Man ist der Meinung, daß die Schließung der bestehenden Bahnlücken zwischen Freyung—Grasfenu, Bodenmais—Köiting, Waldmünchen—Eslarn genügen würde, um eine den ganzen Bayerischen Wald durchquerende, der Grenze parallel laufende, leistungsfähige Bahnlinie zu schaffen. Jedoch würde auf diese Weise das Verkehrsproblem des Grenzgebietes kaum gelöst werden können. Die große Bahnlinie Passau—

Regensburg—Hof ist loistungsfähig, daß eine über Berg und Tal des ganzen Waldgebirges führende Bahn nicht in der Lage wäre, den Verkehr billiger und schneller zu bewerkstelligen. Die bestehenden Bahnstrecken, die nach dem Projekt durch mehrere neue Strecken zu einer zusammenhängenden Grenzlandbahn verbunden werden sollen, sind als Nebenbahnen mit ungünstigen Steigungen, kleinen Kurvenhalbmessern und schwachem Oberbau den Anforderungen nicht gewachsen, die hinsichtlich der Verkehrslasten und der Verkehrsgeschwindigkeit an eine große Durchgangslinie gestellt werden müssen. Die Führung von Schnellzügen auf einer derart zusammengefügten Grenzlandbahn käme überhaupt nicht in Frage. Um sie zu einer leistungsfähigen Hauptbahn zu machen, wäre es notwendig, nicht nur die fehlenden Strecken neu, sondern auch die schon vorhandenen Strecken völlig umzubauen. Das würde ein Kapitalverderb, das anderweitig zur Verkehrserschließung des Grenzlandes besser verwendet werden kann.

Billiger und zweckmäßiger ist es, die Verkehrsflächen durch gute Straßen zu schließen, auf diesen den Personen- und Güterkraftverkehr zu verlagern, die vorhandenen Bahnstrecken, die Zubringerstrecken zu den Hauptlinien sind, zu modernisieren und auf ihnen, wie schon bisher, die Fahrgeschwindigkeiten zu erhöhen, die Zugfolgen zu verdichten, Triebwagen einzustellen und die Tarife angemessen niedrig zu halten.

Die wichtigste der drei im Gaugebiet bestehenden Privatbahnen ist die Regentalbahn. Sie verbindet die Reichsbahnstrecke Plattling—Eisenstein mit der Reichsbahnstrecke Köiting—Cham—Schwandorf zwischen Gotteszell und Wlabach in einer Geländelänge von 40 km. Sie ist die einzige Bahnlinie des Kreises Blechitz, der bei 27 000 Einwohnern seinen einzigen Meter Reichsbahn und Staatsstraße besitzt.

Der Gau Bayerische Ostmark hat zwar ein ziemlich ausgedehntes Straßennetz. Doch entspricht der Zustand der Straßen größenteils noch nicht den wachsenden Verkehrsbedürfnissen. Vielfach ist im Bau, Begrädigung der Kurven, Verbreiterung und Neubergründung der Straßen notwendig. Seit der Wadtergreifung ist auch in dieser Hinsicht viel geschehen. Mehrere hundert Kilometer haben neue Straßendefen erhalten. Im Interesse der Ostmarkwirtschaft wäre zu wünschen, daß beim Straßenbau nach Möglichkeit der heimische Rohstoff, Granit, verwendet wird.

Reben die Reichs- und Privatbahnstrecken und die Güterkraftlinien (die auch einen befähmigen Personenverkehr mitführen) tritt die Reichspost mit ihren Kraftwagenlinien als beachtlicher Verkehrssträger hervor. Im Gaugebiet gibt es z. B. 109 Reichspostkraftlinien (dazu noch 11 Sommerlinien), die eine Streckenlänge von 2112 km (bzw. 519 km) verlangen. Wenn der von der Reichspost durchgeführte Kraftverkehr noch nicht ausreicht, so liegt das in erster Linie an dem Zustand vieler Bezirksstraßen, der einen Kraftverkehr noch nicht zuläßt. Die Verkehrsleistung auf den Reichspoststrecken leidet unter den für die arme Ostmarkbevölkerung zu hohen Tarifen. Diese dürften nicht höher als die Eisenbahntarife, also 4 Pfennig je km, sein.

Zufammenfassend ist festzustellen: Auf dem Gebiete des Eisenbahnverkehrs ist seit der Wadterübernahme Entscheidendes geteistet worden. Der Kraftverkehr für Lasten (Reichsbahn) und Personen (Reichspost) hat große Fortschritte gemacht. Doch ist hinsichtlich des Ausbaus des Straßennetzes noch vieles zu tun. Das vordringlichste aller Probleme ist die Frachterregulierung, die noch mehr, als es bisher schon der Fall ist, den wirtschaftlichen Bedingungen der ungünstigen Verkehrslage der Bayerischen Ostmark angepaßt werden muß. Ist das Straßenbauprogramm einmal durchgeführt, und ist das Frachtenproblem entsprechend geregelt, dann sind die wesentlichsten Voraussetzungen für ein Aufblühen der Wirtschaft des bayerischen Grenzgaues gegeben, weil dann die natürlichen Reichtümer, die seine Wälder, seine Steinbrüche usw. und nicht zuletzt seine arbeitsame und genügsame Bevölkerung darstellen, in vollem Ausmaß nutzbar gemacht werden können.

Das Gleichnis vom Verlorenen Sohn

Zwischen uralten Buchen und dem Seewind krummgezogenen Kiefern steht auf hohem Hügel der Bismarkturm. Von seiner Plattform überhaut man die ganzen Inseln von Abeno-Mollin, sofern der herrliche Mischwald dem Blick nicht Grenzen legt. Im Süden, undeutlich im Sonnenglanz, dehnt sich das Haff. Im Norden, rechts und links im Horizont verschwinden, nagt weißpöhlige Brandung an dem breiten gelben Sandstreifen des Strandes. Im Grün vergraben sind dort Häusergruppen: ganz fern im Osten Wiedrow, dann, durch die lange Hafennase und den Leuchtturm kenntlich, Seinemünde. Zu Füßen, rechts, das Kinderparadies Alsted. Etwas links Bonnin. Und ganz weit im Westen schimmert ein schneeweißer Strich am Horizont, Kügens Kreisfläche. Einige weiße Motorboote und Dampfer ziehen brauchen ihre Bahn. Im blauer Höhe erezieren Flugboote des Kriegsfahrs Seinemünde, am Horizont manövrieren ein paar schwarze Torpedoboote.

Als wir in den Ort kamen, grüßte uns ein großes Schild: „Juden stop!“ Und an allen Straßenenden steht es auf feinen Plakaten: „Juden sind in Heringsdorf nicht erwünscht!“ Lange bevor die Juden allgemein aus den deutschen Bädern ausgeschlossen wurden hat sich Heringsdorf von diesen unerwünschten Gästen befreit. Der Kenner der deutschen Mittelbäder wird erstaunt aufmerken! Ausgerechnet Heringsdorf? Seit Jahrzehnten war dieses landschaftlich reizvolle Ostseebad der Inseln für die nichtjüdischen Erholungsjuden verlorenes Land. Aus der einstigen Gründung deutscher Fürsten, aus dem zeitweilig modernsten und am stärksten besuchten Badeplatz der Ostsee hatte sich eine Art Kurfürstendamm an der Ostsee entwickelt, den die deutschen Badegäste in weitem Bogen mieden. Schon 1933 wurde das — ohne äußeres Zutun, rein aus dem Volksempfinden heraus — anders. Sollte dieser deutsche Plage, der bis weit in den Herbst hinein durch seine bessere Landschaft ein herrliches Reiseziel ist — sollte er weiter für die Deutschen verloren sein? Die durch langjährige Judeninnation doppelt empfindliche Bevölkerung ging mit

doppelter Energie ans Werk, ließ alle Bedenken beiseite und lehnte die jüdischen Besucher kurzerhand ab.

Das ist leichter gesagt und geschrieben als getan. Die Erholungsjuden lassen sich nicht herbeifommandieren, und lange noch häßte Heringsdorf der jüdische Geruch an, obwohl seine Juden nebst vorhanden waren. Eine bitter-schwere Zeit folgte für die Hotels und Pensionen, mit langen Fällen standen mihmutige Portiers vor den Türen, und die Fischer lagen untätig bei ihren fabrdereiten Booten im Sande. In den hellen Villen in den schönen Parkanlagen standen Verkaufsführer, Niemand kam. Aber die Heringsdorfer hielten durch.

Hart unter dem ragenden Bismarkturm erstand in den Waldhügeln der Thingplatz des Saues Pomerns. Große Tagungen wurden heroverlegt, so in diesem Frühommer ein Zeltlager der deutschen Erzieher Pomerns, von denen wohl niemand wiederkehren wird. Und nun ist auf der über einen halben Kilometer langen Seebühne manchmal wieder richtiges Gebränge, die Strandfische sind ausserkauf, und nur die Inhaber von Kurgeschäften und algen kostspieligen Lokalen haben ihre Fische noch mit Mühe mit ausgeputzt. Denn das Publikum hat sich gründlich geändert. Die billigeren Pensionen sind besetzt, lebhaftes Treiben herricht am Strande. Neben Besuchern aus dem Auslande, die nur den schönen Plage suchen und sich um das veränderte Gesicht des Badepublikums nicht kümmern, lagern Mitglieder der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“, lagern auch von der NS-Volkswohlfahrt hergeschickte, und lagern alle die, die ein bürgerliches Bad suchen, das seine einfache und erhoffene Seite hat und auch keine unterhaltfame. Heringsdorf wandelte sein Gesicht, mußte es notgedrungen wandeln. Mit einem anerkennenswerten Opfermut hat sich die Bevölkerung durch die schwerste Zeit hindurchgekämpft, und so je ihr, wie dem heimgekehrten Verlorenen Sohn, zwar kein gemästet Kolb geschlochten, doch je ihr Dank gesagt im Namen aller, die ihren kurzen Urlaub wirklich nutzen wollen. Und alles, was einmal war, sei vergessen und vergehen.

Buchbesprechungen

Die deutschen Anfielungen in Westpreußen und Polen in den ersten zwölf Jahren der polnischen Herrschaft. Von Friedrich Heidefeld. Schriften des Osteuropa-Institutes in Breslau. Verlag Friedrichs Buchhandlung, Breslau. 1934. 63 Seiten. Preis 2,50 *R.M.* — Zu dem vor einigen Jahren erschienenen Buche von Hermann Raubachning über die Entdeutschung Westpreußens und Polens ist die Schrift von Heidefeld eine notwendige Ergänzung. Sie untersucht die zahlenmäßige Entwicklung, die die deutschen Anfieliefer dieser Gebiete bis zum Jahre 1932 durchgemacht haben. Die Anfieliefer sind neben den deutschen Beamten nach der Behauptung der polnischen Agitation diejenigen Deutschen, die mit dem Boden der deutschen Ostmark am wenigsten verwurzelt gewesen sein sollten. Durch Heidefelds Untersuchung wird diese falschierende Behauptung widerlegt. Es ergibt sich nämlich, daß die zahlenmäßige Verringerung des deutschen Anfielieferums in Polen und Pommerellen aus früheren Anfielieferums, polnische Zwangsmaßnahmen, Annexionen, Liquidation und Anwendung des Wiederkaufsrechtes zurückzuführen ist, und daß nur etwa 30 v. H. der zur Zeit der Abtrennung vom Reich in Polen und Pommerellen sitzenden Anfieliefer ihren Besitz „freiwillig“ an Polen abgegeben haben, — wenn man hier überhaupt von „freiwilligem“ Verkauf sprechen kann. Heidefeld stützt sich bei seiner Untersuchung auf die Angaben der Anfielieferungskommission aus dem Jahre 1914, auf die Ergebnisse der privaten deutschen Volkszählung von Mitte 1926 und einer unter seiner Leitung im Jahre 1932 durchgeführten Fragebogenhebung. Die Maßnahmen, die von polnischer Seite angewandt wurden, um die Anfieliefer zur Abgabe ihrer Stellen zu zwingen, werden in der Schrift gebührend beleuchtet. Interessant sind die Angaben, die auf Grund der Erhebungen von 1932 über die Widerstandsfähigkeit der einzelnen deutschen Anfieliefergruppen nach ihrer Stammeszugehörigkeit gemacht werden können. Für die Beurteilung

der Nachkriegsentwicklung des Deutschtums in Polen-Pommerellen ist die Unterlegung Heidefelds von erheblichem Wert.

Dr. K.

Ein Memelbilderbuch. Von Walter Engelhardt. Mit einer Einführung von Ernst Wiechert. Verlag Grenze und Ausland, Berlin 1935. 96 Seiten mit über 100 Bildern. Preis hart 3,60 *R.M.* — Zu dem halben Dugend Memelbilderbüchern, die in letzter Zeit erschienen sind, ist das vorliegende Bilderbuch eine willkommene Ergänzung. Engelhardt ist mit Worten sparsam umgegangen. Die Hauptbilde sind die fast durchweg ausgezeichneten Bilder, die ein kurzer, plaudebernder Text begleitet. Im Wechsel der Jahreszeiten durchwandert und erlebt man an Hand dieser Bilder die Niederung und das große Moosbruch, die Dörfer am Haff und den sumptigen Ermland, die Rehrung und das Dünengebiet an der Scheichuppe. Ernst Wiechert hat dem Buche ein Vorwort gegeben, wie es in dieser dichterischen Vollendung nur ein Künstler vermag, der seine Heimat liebt und erlebt. Es ist darauf hinzuweisen, daß die Bilder fast durchweg nicht aus dem Memelgebiet, sondern aus der Landschaft links der Memel stammen.

Dr. K.

Ritterorden, Preußen und Reich. Von Otto Weber-Krohle. Schloffen-Verlag, Berlin SW 11. 1935. 126 Seiten. Preis 3.— *R.M.* — Weber-Krohle liebt es, nach dem Vorbild Woefflers von den Bräun, seine Gedanken in knappe, schlagende Thesen zusammenzufassen. Das ist gut, aber gefährlich. Gefährlich deshalb, weil die Verknüpfung nahe liegt, die Genauigkeit des Inhalts dem Streben nach strenger Formulierung unterzuordnen. Nicht immer entgeht Weber-Krohle dieser Gefahr. In acht Aufzählungen gibt er in dem vorliegenden Buche einen Aufriss preußischer Geschichte, nicht den Fortschritt ihrer Ereignisse, sondern das Wesentliche und Weibende der in ihr wirkenden Kräfte von Raum, Mann und Idee. Die Zeit der ideologischen Verflachung, die das

Zweite Reich charakterisierte, und die Zeit Michael Küchenmeisters, des „Kleinbürgers unter den Hofmeistern des Deutschen Ritterordens“, bedeuten zwei Tiefpunkte preussischer Geschichte, verschuldet durch Menschen, die dem Zwang zum Revolutionären, der im Preußischen liegt, nicht gerecht zu werden vermochten. Die raumpolitischen Voraussetzungen der preussischen Entwicklung und die Härte und Wendigkeit ihrer Mittel werden an der Außenpolitik des Ritterordens und am Werk des Großen Kurfürsten, des Repräsentanten preussischen Barocks, scharf und überzeugend umrissen. Was der Protestantismus für das Werden des Nordostens bedeutet hat, und wie unter der Regierung Friedrich Wilhelms I. die Idee des Preußentums vom herrschenden ins Volk hineingeplant wurde, wird in zwei weiteren Kapiteln gezeigt. Ostpreußen als politische Landschaft und Niederlagen als Mutterboden preussischer Werdens vollen das Bild, das Weber-Kroße entwirft.

Dr. K.

Offland Pommern. Streiflichter aus Wirtschaft, Kultur und Politik. Herausgegeben vom Bund Deutscher Osten, Landesgruppe Pommern, und dem Grenzlandrat der Provinzialverwaltung. Verlag Rader Osten, Berlin und Sietlin 1935. 53 Seiten mit 10 Bildern. — Das Grenzland Pommerns pflegt neben den anderen Grenzgebieten in der Regel recht fleißigstlich behandelt zu werden. Die Zusammenstellung einiger lehrreicher Artikel, die Walter Treichel besorgt hat, ist daher zu begrüßen. Die Bedeutung der verkehrspolitischen Fragen, die für die unmittelbaren Grenzgebiete und den Sietliner Hafen durch den Verfall der Beträge aufgeworfen wurden, und die bevölkerungspolitische Entwicklung, die das östliche Pommern als ein Gebiet mit sinkender Bewohnerzahl zeigt, wird in einigen Kapiteln behandelt. Hanse und Deutschritterorden werden als die geschichtlich gestellten Kräfte Pommerns geschildert. Die Baugeschichte wird unterfüttert von einer Reihe von Bildern, skizziert. Schließlich werden die aus dem Grenzlandcharakter sich für PDD und HD ergebenden Aufgaben aufgezeigt. Einige Bedenken erregt das Kapitel „Menschen in Pommern“.

Dr. K.

Totentanz in Livland. Roman von Siegfried von Wegesad, Universitas Deutsche Verlagsgesellschaft Berlin 1935. 322 Seiten. Preis Papp 4,80 RM, Leinen 5,50 RM. — Mit dem vorliegenden Buch vollendet Siegfried von Wegesad seine Trilogie eines baltischen Schicksals. In „Blumbergs Hof“ schilderte er die Kindheit Aureis und das ruhig hinfließende Leben des baltischen Deutschstums, in „Herren ohne Heer“ die Schul- und Studienjahre des jungen Baltan und die Zeit der ersten Revolution bis zum beginnenden Weltkrieg. Der „Totentanz in Livland“ berichtet über die Not des Krieges und die Katastrophe des baltischen Zusammenbruchs. „Nichts soll beschönigt, nichts demantelt, eigene Schuld nicht abgetanet werden“, heißt es im Vorwort. „Die baltische Tragödie bedarf keiner Verherrlichung, dem harten Schicksal wird nur harte Wahrheit gerecht.“ Die Baltan haben sich im Weltkrieg als Deutsche gefühlt, aber dem Jaren ihre latwische Treue gehalten. „Erst nach dem Sturz des Jaren haben Selbstentpflichtung und Volksempfinden nicht mehr im Widerspruch zueinander. Wie die Baltan diesen Zwiespalt erleben, wie sie mit dem Ende des Jarenreiches auch ihr eigenes Ende herannahen sehen, zugleich aber zu der inneren Freiheit des Handelns gelangen, die ihnen in diesem Kriege bis dahin gefehlt hat, wie der Weltkrieg, in dem sie nur Nebenfiguren gewesen sind, schließlich für sie zu einem Kampf um die Heimat wird, das schildert Wegesad an den Gestalten seines Romans. Sie haben als Individualisten gelebt, aber sie haben es doch schließlich verstanden, für die Idee einer Gemeinschaft zu sterben. Herren ohne Heer waren sie früher, in der Baltischen Landeswehr wurden sie ein Heer von Herren. Die vielfachen Sonderinteressen und Sonderansichten die die baltischen Herren früher, soweit es der Rahmen ihres alten Standesbewußtseins erlaubte, verfolgten, haben in der Zeit des Zusammenbruchs die Voraussetzungen, unter denen sie gedeihen konnten, verloren. Neuer Gewalt hat zum inneren Umbruch geführt, hat aus einem herrschenden Stand eine kämpfende Volksgemeinschaft gemacht, hat die Baltan, die immer Deutsche geblieben, aber doch in manchem ihre eigenen Wege gegangen waren, wieder eingeordnet in das große deutsche Volksein. Diese Zeit der inneren Umstellung, die auch heute noch nicht zum Abschluß

gekommen ist, kann nur einer schildern, der, wie Wegesad, mit der baltischen Eigenart in ihrer typischen Prägung sowohl wie in ihrem Jang zu individualistischen Absonderlichkeiten vertraut ist. Das Buch schließt dort ab, wo mit dem Totentanz in Livland eines der blutigsten und leidvollsten Kapitel der deutschbaltischen Geschichte abschließt. Der neue Aufbruch, der diesem Abschluß gefolgt ist, ist nicht mehr Gegenstand dieses Buches. Seine Richtung ist durch das Bekenntnis gegeben, das Wegesad den jungen Baltan ablegen läßt: „Geschlagen, geteufelt, gedemütigt, — jetzt Deutscher? Neigt, im Unglück, erneht recht!“

Dr. K.

Brennpunkt Böhmen. Von Dr. Carlomanus. Ludwig Boggner Verlag, Potsdam 1935. 72 Seiten. Preis 1,80 RM. — Die geopolitische Bedeutung des böhmischen Keifels tritt auf jeder Landkarte Europas so augenfällig hervor, daß notwendigerweise die Frage nach der militärischen Bedeutung dieses Raumes, der seit Versailles das Kernstück des tschechoslowakischen Staates bildet, gestellt werden muß. In der vorliegenden Broschüre wird diese Frage nach verschiedener Richtung hin beantwortet. Die Entstehung und Zusammenlegung des tschechischen Meeres nach politischer Bestimmung, Volkstum und Bewaffnung wird eingehend besprochen wird das Auftreten tschechischer Gruppen im Lauf der Geschichte (Suffiten, Legionäre, Krieg mit Ungarn i. J. 1919). Die Militärbindnisse, die Entstehung der tschechischen Wehrorganisation, die militärische Jünglingsausbildung usw. werden dargestellt und die strategisch wichtigen Straßen und Eisenbahnen, Plätze und Gebirgszüge werden beschrieben. Die Schrift enthält viel Wissenswertes. Abgelehnt werden muß jedoch die den tatsächlichen Verhältnissen nicht gerecht werdende Verwendung des Wortes „Tschechoslowaken“ als Volksstamsbegriff. Mehrere Kartenblätter sind der Broschüre beigegeben.

Dr. K.

Sonne über Böhmen. Ein frühliches Buch. Von Friedrich Jastch. Bergblatverlag Wih. Gottl. Korn, Breslau 1934. 298 Seiten. Preis Leinen 4,80 RM. — Jastch erzählt die Geschichte des Krüppeln Krauspenhaar, des Schuhmachers, Musikanten und Aufwärters. Seine Art zu erzählen, ist herb und besinnlich zugleich. Wie der kleine Krüppeln als der Sohn einer ärmlichen Wälderin zu einem kräftigen, selbstig unterworfenen Burden heranwächst, wie er sich zu seinem Vater, dem wandernden Geiger, verbündet, der die Mutter erbt heiratet, als der Junge schon mancherlei zu begreifen anfängt, wie er mit seinem Schulmeister, dem Vater Adrian, sich herumzankt und rauf, beim Meister Scholz das ehrbare Schusterbandwerk erlernt und sich ins Mariadein zum Heulen unglücklich verliebt, wie schließlich auch bei ihm der ererbte Wandertrieb und die Lust am Fiedeln durchbrechen, wie er mützigend das Land durchzieht, in das Wärdern und Brennen der Bauernmünchen gerät und endlich wieder festen Boden unter den Füßen gewinnt, — so schildert Jastch ein Leben voller Freiheit und Unrast, das schließlich doch seinen Sinn und seine Befriedigung findet, das von Sonne erfüllt ist und Sonne verbreitet. Ueber alle Schalten und Widrigkeiten des Schicksals steigt die innere Fröhlichkeit des Krüppeln und seine Bewußtheit der unergänglichen Sieghaftigkeit alles Lebens.

K.

Für das Bildamt der Landesgruppe

werden Votbilder und gute Abbildungen — auch einwandfrei erhaltene Aufnahmestarten —, die das Deutschtum und seine Kultur in Eigenmächtigkeit und Gegenwart in den ehemaligen deutschen Ostgebieten darstellen, zu kaufen gesucht. Oberst werben Dots- und Städtebilder, Wandbildentwürfen, Volkstufen und -strahlen, Denkmäler, Burgen, Kirchen, deutsche Klein-, Wandernicks- und Volkstanz. Angebote mit Preisangaben erbitte die Landesgruppe Ostmark des VDD, Dr. A. Riebel, Frankfurt/Ober, Hindenburgstraße 79 b

Für die Bücherei und das Archiv

der Landesgruppe Ostmark werden Bücher, Schriften, Aufträge, Plakate, Urkunden aller Art, Zeitchriften etc., die die ehemaligen Provinzen Polen und Westpreußen betreffen, zu kaufen gesucht. Angebote mit Preisangaben sind zu richten an die Landesgruppe Ostmark des VDD, Dr. A. Riebel, Frankfurt/Ober, Hindenburgstraße 79 b.